

# SOZIALREPORT





*VOLKSSOLIDARITÄT Bundesverband e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Alte Schönhauser Straße 16  
10119 Berlin*

*Telefon: 030-27 89 7-0  
Fax: 030-27 59 39 59  
E-Mail: [bundesverband@volkssolidaritaet.de](mailto:bundesverband@volkssolidaritaet.de)  
[www.volkssolidaritaet.de](http://www.volkssolidaritaet.de)*



*Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.  
Köpenicker Straße 125  
10179 Berlin*

*Telefon: 030/28 30 55 60  
Fax: 030/28 30 55 61  
E-Mail: [sekretariat@sfz-ev.de](mailto:sekretariat@sfz-ev.de)  
[www.sfz-ev.de](http://www.sfz-ev.de)*

# **Sozialreport 2006**

**Daten und Fakten zur sozialen Lage  
in den neuen Bundesländern**

**Erarbeitet vom  
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum  
Berlin-Brandenburg e.V.**

**im Auftrag der  
Volkssolidarität Bundesverband e.V.**

**Berlin - Dezember 2006**

## **Gliederung:**

0	Vorbemerkungen	3
1	Zufriedenheit	4
2	Hoffnungen - Erwartungen	7
3	Wirtschaftliche Lage	11
4	Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit	14
5	Einkommen	17
6	Demokratie - Institutionenvertrauen	22
7	Identifikation - Integration	24
8	Werte - Verbundenheit - Klima	26
9	Wohnen	29
10	Familie	30
11	Sozialreformen - Soziale Sicherheit	33
12	Parteienbindung - Kompetenzen	37
13	Rechtsextremismus	39
14	Bürgerschaftliches Engagement in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden	44

Autor: Prof. Dr. Gunnar Winkler

Empirische Untersuchung: Dr. Reinhard Liebscher

Redaktionelle Bearbeitung,  
Layout, tabellarische und  
grafische Gestaltung: Heidemarie Wille

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Vorsitzende: Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf  
Geschäftsführung: Dr. Thomas Hanf/Dr. Reinhard Liebscher

Druck: City-Print Gera

## 0 Vorbemerkungen

1990 veröffentlichte der Bundesvorstand der Volkssolidarität erstmalig einen in seinem Auftrag herausgegebenen "Altenreport"<sup>1</sup>. Seitdem sind im zweijährlichen Rhythmus - mit finanzieller Förderung durch den Bundesvorstand der Volkssolidarität - "Sozialreporte zur sozialen Situation der Bürger in den neuen Bundesländern" oder Seniorenreporte (bzw. Sozialreporte 50+) veröffentlicht<sup>2</sup> worden, welche jeweils die Lebensverhältnisse der Bürger ab 18. Lebensjahr bzw. ab 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern analysieren.

Mit dem vorliegenden Material bereitet das SFZ die Ergebnisse der nach 1990 zum 17. Mal durchgeführten Erhebung zu den Auffassungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer zu ihrer sozialen Lage und Entwicklung auf.

Die Kurzfassung der Ergebnisse von 2006 (der nächste Seniorenreport erscheint als Langfassung im Jahr 2007) wurde in dieser Form zusammengestellt, da gerade die Entwicklungen zwischen 2005 und 2006 z.T. gravierend für die subjektiven Befindlichkeiten der Ostdeutschen waren/sind.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Stimmung im Osten weiter gekippt ist - um ein von Bundestagspräsident Thierse geäußertes Bild aufzugreifen. Die an vielen Indikatoren erkennbare Tendenz sich ändernder positiver Bewertung von einem abnehmenden subjektiven Wohlbefinden zu einem zunehmend subjektiven "Unwohlsein" und steigender Zukunftsunsicherheit hat ein ganzes Bündel von Ursachen, von denen die wenigsten in der Vergangenheit der neuen Bundesländer liegen.

Siebzehn Jahre nach dem Eindringen der Mauer von Ost nach West erweisen sich die Bürger der neuen Länder als eine Gruppe mit spezifischen Denk- und Verhaltensstrukturen, Werten, Wertorientierungen und Erwartungen sowie Vergangenheits- und Gegenwartsbewertungen. Die Einheit schließt bis in die Gegenwart nicht nur zunehmende Gemeinsamkeiten, sondern zugleich das Unterschiedliche, das Anderssein und Andersdenken ein. Alle Bemühungen, eine Angleichung um jeden Preis zu beschwören, ignorieren die unterschiedlichen Lebensbiographien und Sozialisierungen ebenso wie die Realitäten keineswegs immer gerechtfertigter unterschiedlicher Lebensverhältnisse.

Das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. hat sich seit seiner Gründung der Aufgabe verschrieben, die Lebensverhält-

---

1 Vgl. "Altenreport 1990", Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12/1990, Autorenkollektiv unter Leitung von K.-P. Schwitzer.

2 Vgl. "Sozialreporte" Jahren 1990, 1992, 1994, 1995, 1997, 1999, 2001, 2002, 2004 sowie "Alten-/Seniorenreporte bzw. Sozialreporte 50+" in den Jahren 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002 und 2005 (jeweils Autorenkollektive des SFZ) sowie "Die Region der 'neuen' Alten" (Autor: Gunnar Winkler) 2006.

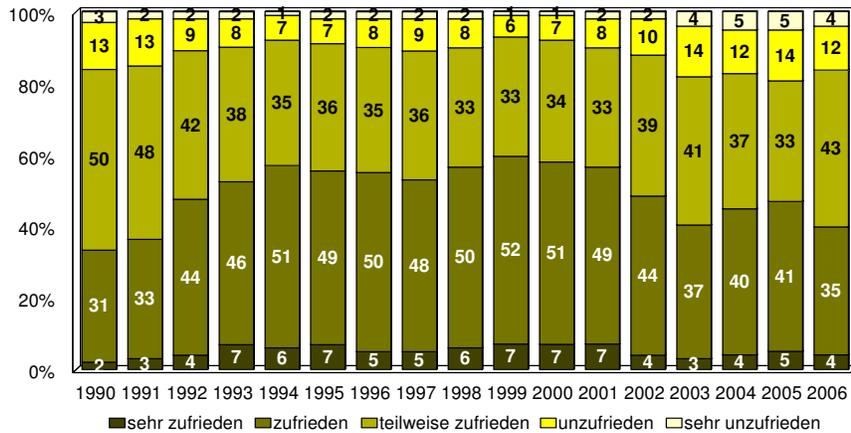
nisse in den neuen Bundesländern regelmäßig zu analysieren und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit zugleich den Prozess der sozialen Vereinigung mit seinen erreichten Ergebnissen und Problemen zu begleiten. Das erfolgt auch aus dem Bemühen, die Analyse und Wertung des sich vollziehenden Wandels nicht ausschließlich von außen vorzunehmen, sondern auch Erfahrungen und Erkenntnisse derjenigen einzubringen, die diesen Wandel als Objekt und Akteure erleben/erleben: die Bürger der neuen Bundesländer.

Der Bundesverband der Volkssolidarität war und ist bereit, mit der Förderung der Untersuchungen einen notwendigen Beitrag für eine reale Darstellung der Lebensverhältnisse und subjektiven Befindlichkeiten der (nicht nur älteren) Ostdeutschen und damit für die notwendige Verständigung zwischen West und Ost zu leisten.

## 1 Zufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist in den neuen Bundesländern - nach einem raschen Anstieg zu Beginn der 90er Jahre - auf einem relativ hohen Niveau bis 1999 stabil geblieben und erreichte 1999 mit 59 % "Zufriedenen" und nur 7 % "Unzufriedenen" den Höchstwert. 2000 beginnend sinkt die allgemeine Zufriedenheit auf ihren Tiefpunkt im Jahre 2006 - vergleichbar mit den Werten von 1991.

Abbildung 1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit - 1990 bis 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



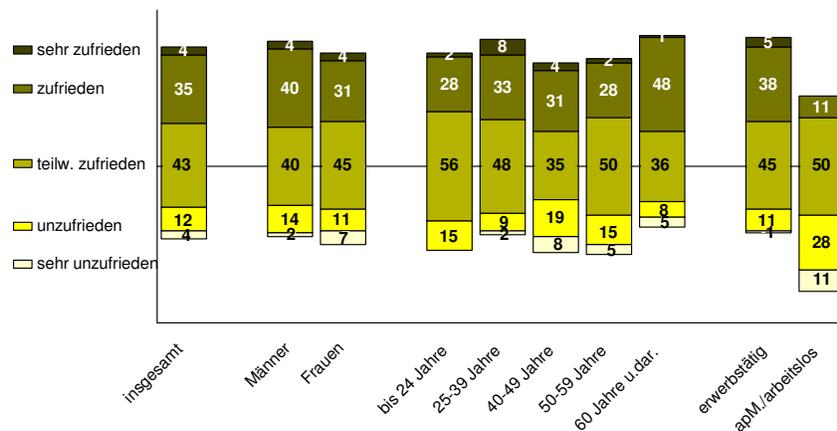
Datenbasis: sfz/leben 1990-2006 (gew.)

Im Jahre 2006 waren in den neuen Bundesländern 4 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 35 % zufrieden, 43 % teilweise zufrieden, 12 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Insbesondere in

den Jahren 2002 und 2003 traten deutliche "Zufriedenheitsverluste" in allen Bevölkerungsgruppen auf. Trotzdem gilt insgesamt: "Die" unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht, aber sie sind nicht mehr so zufrieden wie vor Jahren, bei deutlich erkennbarer rückläufiger Tendenz. Erreichten "Wohlstandsgewinnen" - die sich bis 1999 eindeutig in höheren Zufriedenheiten reflektierten - stehen in den letzten Jahren "Wohlstandsverluste" gegenüber (Arbeitsmarkt, Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.), die zu sinkenden Zufriedenheiten führten.

Abnehmende Zufriedenheiten sind für alle sozialen Gruppen charakteristisch und reflektieren die Verunsicherungen und unterschiedlichen Wirkungen der "Sozialreformen" auf die einzelnen Alters- und Erwerbsgruppen. Insbesondere bei den 50- bis 59-Jährigen erfolgte seit 1999 ein steter Rückgang der allgemeinen Zufriedenheit von 54 % auf 29 %. Für die ab 60-Jährigen ist (noch) eine relativ hohe Zufriedenheit typisch, aber allein zwischen 2005 und 2006 sank diese von 65 % auf 49 %. Auch bei Arbeitslosen ist eine weitere Abnahme der ohnehin niedrigen Lebenszufriedenheiten festzustellen (2006 = 39 %).

Abbildung 1.2: Allgemeine Lebenszufriedenheit nach sozio-demografischen Gruppen - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -

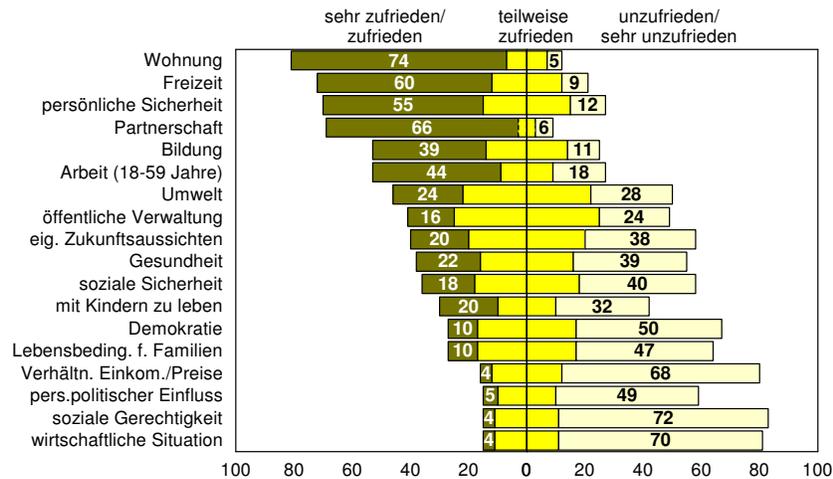


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Zufriedenheiten in den einzelnen Lebensbereichen sind unterschiedlich ausgeprägt. Neben Bereichen mit hohen positiven Wertungen (Wohnen = 74 %, Partnerschaft = 66 %, Freizeit = 60 %), die über dem Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen, ist diese in den Bereichen: wirtschaftliche Situation = 4 %, soziale Gerechtigkeit = 4 %, Einkommens-Preis-Entwicklung = 4 %, persönlicher politischer Einfluss = 5 %, Lebensbedingungen für Familien = 10 % und Demokratie = 10 % gering ausgeprägt (vgl. Abbildung 1.3). Unzufriedenheiten werden vor allem hinsichtlich der sozia-

len Gerechtigkeit (72 %), der wirtschaftlichen Situation im Lande (70 %) sowie des Einkommens-Preis-Verhältnisses zum Ausdruck gebracht. 2006 stieg die Unzufriedenheit mit dem Gesundheitswesen - offensichtlich im Zusammenhang mit Debatten um eine Reform im Gesundheitsbereich - von 21 % (2005) auf 39 %.

Abbildung 1.3: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent\* -



\* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Nach einzelnen Lebensbereichen sind Zufriedenheiten und Veränderungen - wie bereits in vorangegangenen Reports festgestellt - in drei übergreifende Bereiche zusammenfassbar:

- Bereiche, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet, wie z.B. Partnerbeziehungen oder das Wohnen. Bereits im Sozialreport 1995 wurde auf diese sog. Bereiche der Privatsphäre als stabile Elemente der Zufriedenheit in den neuen Bundesländern verwiesen,<sup>3</sup> die sich über Jahre durch ein hohes Zufriedenheitsmaß auszeichnen.
- Bereiche von Lebensverhältnissen, in denen mit der Wende große Veränderungen erwartet wurden, die zum Teil eintraten (Umwelt, Waren- und Dienstleistungsangebot), zum Teil jedoch nach anfänglich positiver Entwicklung inzwischen rückläufige Zufriedenheiten bewirken (Gesund-

3 Gunnar Winkler: Leben in Ostdeutschland, in: Sozialreport 1995, 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch Gunnar Winkler), GSFP, Berlin 1995, S. 38; Verlag am Turm, Berlin 1997, S. 30.

heitswesen, Demokratieeinfluss) bzw. mit unterschiedlichen Wirkungen auf einzelne soziale Gruppen.

- c) Bereiche, in denen zunächst von der Mehrheit der Bürger mit der Vereinigung keine Veränderungen angenommen wurden, für die von einer kontinuierlichen Fortsetzung der "DDR-Verhältnisse" ausgegangen wurde und bei denen inzwischen die Gegensätzlichkeiten der sozialen Sicherungssysteme für den Einzelnen direkt erlebbar und für große Teile der Bevölkerung auch spürbar sind.

Bis in die Gegenwart werden Zufriedenheits- und Lebenslagebewertungen nicht nur von den sich differenzierenden Lebensverhältnissen beeinflusst, sondern darüber hinaus vor allem dadurch, dass sie nicht nur als unterschiedlich, sondern als ungerechtfertigt ungleich empfunden werden. Nach wie vor gilt die Aussage, dass Lebenslage- (im engeren Sinne) und Lebensverhältnisbewertungen aufgrund realer Ungleichbehandlung, vorhandener sozialer Verunsicherung und angenommener künftiger Entwicklungen immer mehr auseinander driften.

## 2 Hoffnungen - Erwartungen

Die Bundesregierungen - gleich in welchen Konstellationen - haben mit ihren verabschiedeten Reformpaketen sowie den Diskussionen um weitere Reformschritte eine in den neuen Bundesländern bisher einmalige soziale und Zukunftsverunsicherung bewirkt. Gerade für die neuen Bundesländer gilt, dass in keiner Zeit die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung so groß und die Befürchtungen so gering waren wie 1989/90. Dabei ging es keineswegs nur um den Zugang zur Marktwirtschaft, sondern um Erwartungen an Veränderungen der Lebensverhältnisse, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten sollten.<sup>4</sup>

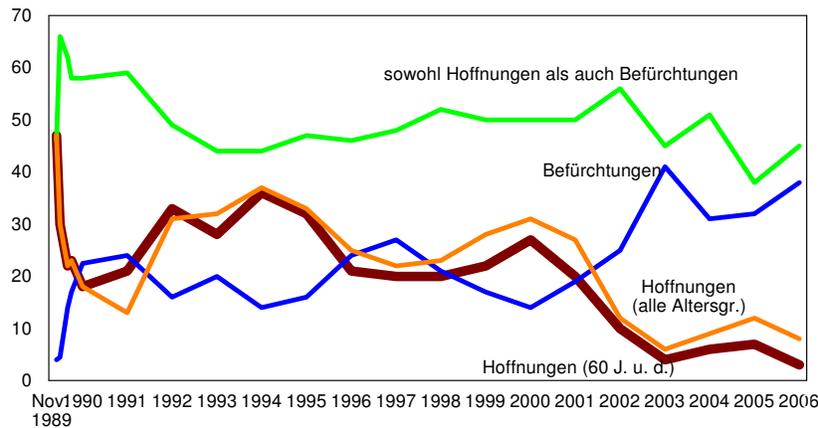
Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von steigenden Hoffnungen (1991 bis 1994, 1997 bis 2000 sowie 2005) und zunehmenden Befürchtungen (1990/91, 1994 bis 1997, 2000 bis 2003 sowie 2006).

Die Abbildung 2.1 verdeutlicht die zunehmenden Hoffnungen, die im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998 aber auch 2005 seitens der Bürger aufkamen - Wahlversprechen Glauben schenkend (insbesondere 1998/99). Es ist aber auch unbestritten, dass der "Reformkurs" der Schröder-Regierung ebenso wie der der Großen Koalition mit den vorgesehenen gravierenden Einschnitten in die Lebensverhältnisse der Bürger nicht dazu beitrug, neue Hoffnun-

---

4 Gunnar Winkler: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2001. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001, S. 60 ff.

Abbildung 2.1: Hoffnungen und Befürchtungen an die weitere Entwicklung - 1989 bis 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2006 (gew.); für 1989/1990: Sozialreport 1992, Berlin 1993, S. 26

gen in größerem Ausmaß stabil zu wecken. In keiner Phase der Entwicklung seit 1990 waren die Befürchtungen in den neuen Bundesländern so groß und die Hoffnungen so gering wie 2006.

Es ist offensichtlich, dass die Gesamtheit der zum Teil gravierenden Einschnitte in den Lebensverhältnissen in den Jahren seit 2001, die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei zwar (rechnerisch) sinkender, aber immer noch hoher Arbeitslosigkeit ebenso wie die vor allem eine breite Öffentlichkeit bewegenden Wirkungen der Sozialreformen vor allem Befürchtungen aufkommen lassen.

Im Juni/Juli 2006 äußerten in Bezug auf die weitere Entwicklung nur 8 % vor allem Hoffnungen, 38 % vor allem Befürchtungen, 45 % antworteten mit sowohl als auch. 5 % antworteten mit "ich weiß nicht" und 4 % gaben dazu keine Antwort.

Vor allem Senioren und Bürger zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr erreichen - bezogen auf ihre Hoffnungen und Befürchtungen historische Tiefst- bzw. Höchstwerte. Erstmals haben Senioren weniger Hoffnungen (3 %) und mehr Befürchtungen (49 %) als alle anderen Altersgruppen.

Kennzeichnend für die Qualität einer Gesellschaft sind neben der realen Situation vor allem die Zukunftsaussichten, d.h. die Vorstellungen des Einzelnen über seine Entwicklung und die absehbaren Realisierungschancen. Insofern reflektieren sich vorhandene soziale Differenzierungen auch in der Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten für den Einzelnen. Im Jahre 2006 waren 20 % der Befragten mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden, 40 % teilweise zufrieden und 38 % unzufrieden, d.h. es gibt ein bedeutendes

Unzufriedenheitspotenzial, da nur jeder fünfte Ostdeutsche mit seinen Zukunftsaussichten zufrieden ist, während vier von fünf Ostdeutschen teilweise bzw. ganz unzufrieden sind.

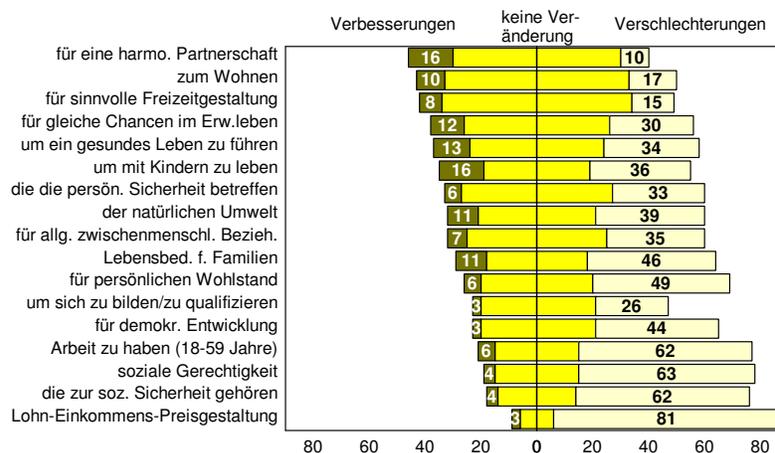
Im Vergleich der Jahre 1994 bis 2006 erreicht die Unzufriedenheit 2005/2006 bezogen auf die Zukunftsaussichten einen historischen Höchststand. Seit der Jahrtausendwende reduzierte sich die Zufriedenheitsquote von 42 % (2000) auf weniger als die Hälfte im Jahre 2006 (20 %).

Dabei werden vor allem folgende Differenzierungen deutlich: An der Spitze der mit ihren Zukunftsaussichten Zufriedenen liegen Beamte mit 57 % (8 % unzufrieden), Hochschulabsolventen mit 37 % (22 % unzufrieden) und Befragte mit einem individuellen Nettoeinkommen über 2.000 Euro/Monat mit 58 % (8 % unzufrieden). Unzufriedenheit mit ihren Zukunftsaussichten artikulieren insbesondere: Arbeitslose mit 67 % (9 % zufrieden), Facharbeiter mit 42 % (13 % zufrieden), Befragte zwischen 50 und 60 Jahren mit 47 % (15 % zufrieden) sowie Empfänger von Niedrigeinkommen (unter 1.000 Euro/Monat) mit 52 % (14 % zufrieden).

Es ist offensichtlich, dass vor allem Erwerbstätigkeit, der im Erwerbsleben erreichte Status und die vom Einzelnen erkennbaren Erwerbschancen bestimmend für die Zukunftszufriedenheit/-unzufriedenheit des Einzelnen sind.

Insgesamt sind die Erwartungen an die weitere Entwicklung zwischen den einzelnen Lebensbereichen naturgemäß sehr differenziert (vgl. Abbildung 2.2). Im Vergleich zu vorangegangenen Jahren ist jedoch eine sich nur geringfügig ändernde, im Wesentlichen gleiche Erwartungsstruktur festzustellen.

Abbildung 2.2: "Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen ...?"  
- 2006 - neue Bundesländer - in Prozent\* -



\* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

len.<sup>5</sup> Auch die Daten des Jahres 2006 belegen, dass die Hoffnungen auf Verbesserungen gering ausgeprägt sind. Sieht man von den Bereichen Wohnen, Freizeit, Partnerschaft ab - also von Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, in denen die Mehrheit keine Veränderungen von "außen" erwartet -, so sind vor allem Bereiche mit der Annahme auf weitere Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft insbesondere die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung (81 %), soziale Gerechtigkeit (63 %), soziale Sicherheit (62 %) und Arbeit (62 % der 18- bis 59-Jährigen).

Im Vergleich der Erwartungen an künftige Entwicklungen lassen sich seit 1990 vier grundlegende Entwicklungstendenzen erkennen:

- a) Bereiche mit geringfügigen Veränderungen über den Gesamtzeitraum - das betrifft insbesondere die Erwartungen an die Partnerschaft, aber auch den Bildungs- und Freizeitbereich -, in denen relativ kurz nach der Wende 1990/91 eingetretene Veränderungen positiv angenommen und seitdem im Wesentlichen über den Gesamtzeitraum "keine Veränderungen" die Aussagen der Bürger prägen.
- b) Bereiche, in denen grundlegende Veränderungen nach 1990 eintraten, welche die angenommenen Erwartungen rechtfertigten und in denen nach relativ wenigen Jahren keine grundlegenden Verbesserungen bzw. Verschlechterungen mehr angenommen wurden - das betrifft insbesondere den Bereich des Wohnens, der Umwelt und bis auf die letzten Jahre auch den Gesundheitsbereich.  
Die demokratische Entwicklung zählt ohne Zweifel zu den Bereichen, in denen aufgrund der gesammelten Erfahrungen keine grundlegenden Veränderungen mehr erwartet werden, ohne dass die ursprünglichen Erwartungen hinreichend erfüllt sind.
- c) Bereiche, in denen die Annahmen auf weitere Verschlechterungen dominieren und in denen im Wesentlichen seit Mitte der 90er Jahre tendenziell Verschlechterungen zugenommen haben bzw. in Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Lage (Wahlen) neue Erwartungen geweckt bzw. gedämpft wurden. Das betrifft in besonderem Maße die Einkommens-Preisentwicklung, die soziale Sicherheit, den Bereich Arbeit (bezogen auf 18- bis 59-Jährige).
- d) Bereiche mit deutlichen Verschlechterungen in den Jahren seit 2002/2003, vor allem im Ergebnis der "Sozialreformdebatte" und bereits erfolgter Einschnitte. Das betrifft insbesondere die soziale Sicherheit, Arbeit, Einkommensentwicklung und den Bereich Gesundheit.

---

5 Gunnar Winkler: Leben in den neuen Bundesländern. in: Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2004, 38 ff.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Phase der Euphorie Anfang der 90er Jahre, die von einer durchgängigen und stetigen Verbesserung der Lebensverhältnisse ausging, vorbei ist. Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offensichtlich auch die Bürger der neuen Bundesländer die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, unabhängig davon, welche Partei und welche Politiker das Sagen haben, dass auch in der Marktwirtschaft das "Soziale" nichts ein für alle Mal Gegebenes ist, sondern stets neu eingefordert werden muss.

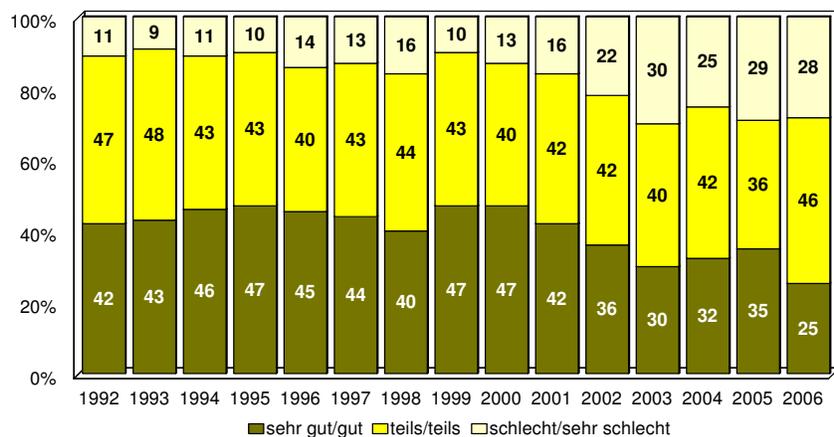
### 3 Wirtschaftliche Lage

Im Jahr 2006 bewerteten 2 % ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut, 23 % mit gut, 46 % mit teils gut/teils schlecht, 22 % mit schlecht und 7 % mit sehr schlecht (1 % ohne Antwort). Damit hat sich insgesamt der seit Beginn des neuen Jahrtausends erkennbare Trend einer abnehmenden positiven und zunehmend negativen Bewertung fortgesetzt.

Waren es im Jahre 2000 nur 13 % der Bürger, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht/sehr schlecht kennzeichneten, so stieg dieser Anteil bis 2006 auf 29 %. Unverkennbar ist dabei, dass der Abfall seit 2000 gerade in den höheren Altersgruppen deutlich ist. 2002 gaben noch 51 % der ab 60-Jährigen an, mit ihrer wirtschaftlichen Lage insgesamt zufrieden zu sein - dieser Anteil reduzierte sich 2006 auf 23 % und erreichte erstmalig den niedrigsten Wert der einzelnen Altersgruppen.

Es ist unbestritten - wie bereits in vergangenen Sozialreports festgestellt -, dass die mit der Vereinigung sich bietenden Möglichkeiten eines Waren-

Abbildung 3.1: "Wie bewerten Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"  
- 1992 bis 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

und Dienstleistungsangebotes, das in seiner quantitativen und qualitativen Struktur nahezu jeglichen dem Einkommen entsprechenden Bedarf zu befriedigen in der Lage ist, zu den gravierendsten und auch anerkannten Verbesserungen seit der Vereinigung gehören.

Dabei ist hervorzuheben:

- Es gibt inzwischen eine deutlich differenziertere Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage zwischen Frauen und Männern (Frauen = 18 % sehr gut/gut, Männer = 32 %). Die von Frauen abgegebenen Wertungen verschlechtern sich tendenziell zunehmend.
- Über 60-Jährige haben nicht nur die niedrigste positive Bewertung (23 %), sondern auch die niedrigste negative Wertung (18 % schlecht/sehr schlecht). Charakteristisch für diese Altersgruppe ist ein hoher Anteil mit der Aussage "teils gut/teils schlecht" (57 %).
- Die Abhängigkeiten von der Einkommenshöhe - sowohl das individuelle Nettoeinkommen als auch das Haushaltsnettoeinkommen betreffend - sind unverkennbar. So geben 8 % der Befragten mit einem Familieneinkommen unter 1.000 Euro an, in "guten" wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben (überwiegend allein lebende Frauen), aber 75 % derer mit einem Familieneinkommen über 2.500 Euro/Monat.
- Erwerbsstatus und Qualifikation wirken stark differenzierend - Hochschulabsolventen (49 % gut, 15 % schlecht) erweisen sich sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch bezüglich ihrer Einkommen als "bevorzugt" gegenüber anderen Gruppen. Das gilt noch extremer für Beamte mit 74 % gut und 1 % schlecht. Arbeitslose geben mit 67 % an, unter schlechten individuellen wirtschaftlichen Bedingungen zu leben.

Darüber hinaus ist hervorzuheben:

Rd. 57 % der Befragten stellen für sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren fest (d.h. zu 2001), nur 13 % geben eine Verbesserung an.

Für fast ein Drittel der Bürger (28 %) hat sich im Vergleich zu vor fünf Jahren keine Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben, sondern eine gleichbleibende Stabilität/Instabilität (3 % ohne Antwort).

Die Erwartungen an die Zukunft fallen insgesamt noch deutlicher negativ aus. So gehen nur 10 % von Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation bis 2011 aus, 16 % erwarten keine Veränderung, 52 % nehmen Verschlechterungen an. Keineswegs positiv zu werten ist auch die Tatsache, dass 22 % dazu keine Aussage treffen können (12 % ich weiß nicht, 10 % ohne Antwort).

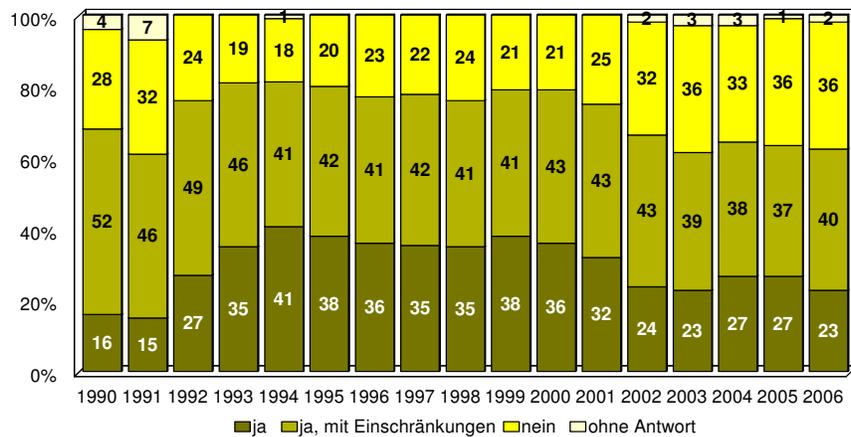
Alles in allem bringen die einzelnen Bewertungen - wenn auch unterschiedlich - nicht nur das Maß der real erfolgten Verschlechterungen in den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen zum Ausdruck, sondern vor allem das Maß

an sozialer und Zukunfts(un)sicherheit. Der Umbau des Sozialstaates wird von der Mehrheit der Bürger nicht als notwendige Umgestaltung für alle, sondern als Angriff auf ihren Lebensstandard und damit ihre Lebensqualität empfunden.

Die getroffenen Aussagen zur wirtschaftlichen Zufriedenheit korrespondieren unmittelbar mit den gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Dabei spielen sowohl Einkommensentwicklungen, Preisentwicklungen, aber auch die individuellen Bedürfnisse der Lebensgestaltung eine unmittelbare Rolle.

Bereits seit 2000 zeichnet sich - analog der Bewertung der wirtschaftlichen Situation - eine deutliche Trendwende in den getroffenen Entscheidungen ab. Auf die Frage: "Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?", antworteten im Jahre 2006 rd. 23 % mit "ja", 40 % mit "ja, mit Einschränkungen" und 36 % mit "nein" (2 % ohne Antwort). Noch im Jahre 2000 stellten 36 % der Befragten fest, dass sie ihre Bedürfnisse mit ihrem Einkommen befriedigen können.

Abbildung 3.2: "Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?" - 1990 bis 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



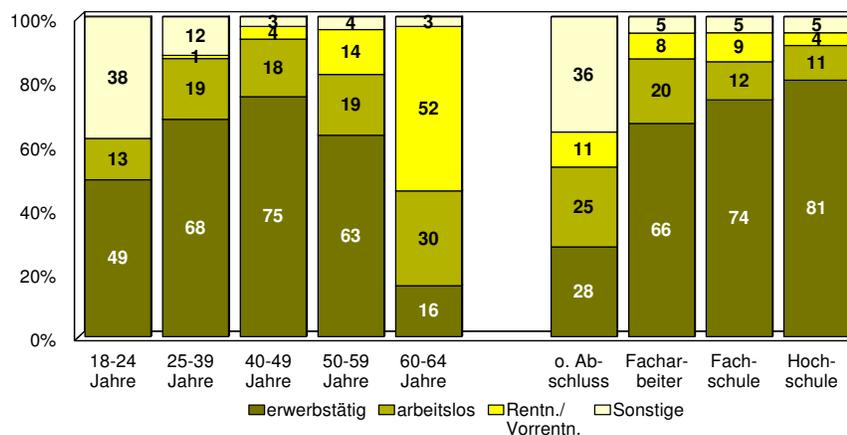
Datenbasis: sfz/leben 1990-2006 (gew.)

Die allgemeine zunehmende Einschätzung, dass das Haushaltsnettoeinkommen nicht zur Befriedigung der individuellen/familiären Bedürfnisse ausreichend ist wird im besonderen Maße vorgenommen von Frauen (39 %), Vorentnerjahrgängen (44 %), Bürgern die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden bzw. arbeitslos sind sowie Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1000 Euro (75 %).

## 4 Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit

Von den über 18-jährigen befragten Bürgern der neuen Länder (inkl. Berlin-Ost) waren 2006 rd. 49 % erwerbstätig, 15 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 0,6 %), 27 % waren Rentner (inkl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 9 % Schüler, Studenten bzw. nicht erwerbstätig. Begrenzt man diese und die weiteren Aussagen auf die Altersgruppen zwischen 18. und 64. Lebensjahr, so waren Mitte 2006 rd. 62 % erwerbstätig, 19 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), 16 % bereits in Rente (einschl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 10 % Schüler, Studenten bzw. Nichterwerbspersonen.

Abbildung 4.1: Erwerbsstatus nach Alter und höchstem beruflichen Abschluss (18 bis 65 Jahre) - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Abbildung 4.1 verdeutlicht sowohl den bereits hohen Anteil von Jugendlichen, die arbeitslos sind (da rd. 40 % noch zur Schule gehen bzw. studieren) als auch eine hohe Altersarbeitslosigkeit sowie vorzeitigen "Ruhestand". Zugleich ist der steigende Beschäftigungsgrad mit höheren beruflichen Abschlüssen erkennbar. Nach wie vor sind für die neuen Bundesländer eine hohe Arbeitslosigkeit und hohe Risiken auf dem Arbeitsmarkt charakteristisch. Auch um 1-Euro-Jobs und andere Komponenten bereinigte Arbeitslosenzahlen führen nicht zu einem Klima der "sozialen Beruhigung".

Die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt im Falle von Arbeitslosigkeit werden von 12 % als gut, von 26 % als schlecht und von 44 % als sehr schlecht bezeichnet (18 % ich weiß nicht/ohne Antwort). Die getroffenen Aussagen der unter 65-jährigen Bürger offenbaren ein bis dato nicht bekanntes Maß sozialer Verunsicherung und widerlegen die Auffassung, dass

wer arbeiten will auch arbeiten könne. Während bis zum 40. Lebensjahr noch 20 % ihre Arbeitsmarktchancen als gut kennzeichnen, sind das nur noch 7 % der 50- bis 60-Jährigen. Frauen sehen für sich schlechtere Chancen als Männer. 93 % der Arbeitslosen beurteilen ihre Arbeitsmarktchancen mit überwiegend bzw. sehr schlecht. In rd. einem Viertel aller Arbeitslosenhaushalte sind beide Partner von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die vergangenen Jahre haben bewiesen, dass die Bürger der neuen Länder, die sich im "Erwerbsalter" befinden, eine hohe Mobilität aufweisen. Dafür sprechen nicht nur die territoriale Mobilität in Richtung alte Bundesländer (rd. 2 Millionen zogen seit 1990 nach Westen - vorwiegend junge Menschen, 1 Million in umgekehrter Richtung - überwiegend mittlere Jahrgänge), d.h., das Wanderungsdefizit bis 2005 beläuft sich auf fast eine Million<sup>6</sup>. Für die Mobilität spricht auch die enorme berufliche Um- und Neuorientierung von über 50 % aller im Erwerbsleben Stehenden.

Dieses hohe Maß an Mobilitätsbereitschaft findet auch seinen Ausdruck in der Bereitschaft, im Falle von abzusehender bzw. eingetretener Arbeitslosigkeit durch eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse eigenständigen Einfluss zu nehmen.

So sind rd. 70 % der unter 65-Jährigen bereit, sich umschulen zu lassen bzw. eine berufsfremde Arbeit aufzunehmen, rd. 60 % würden in veränderten Zeitregimen arbeiten (Schichtarbeit, Überstunden). Geringeres Einkommen und Wechsel des Wohnortes werden noch von rd. einem Drittel der Befragten "in Kauf genommen". Insgesamt ist bei den einzelnen möglichen Bewältigungsstrategien unverkennbar, dass sich mit zunehmendem Alter die Bereitschaft auf größere Umstellungen naturgemäß reduziert.

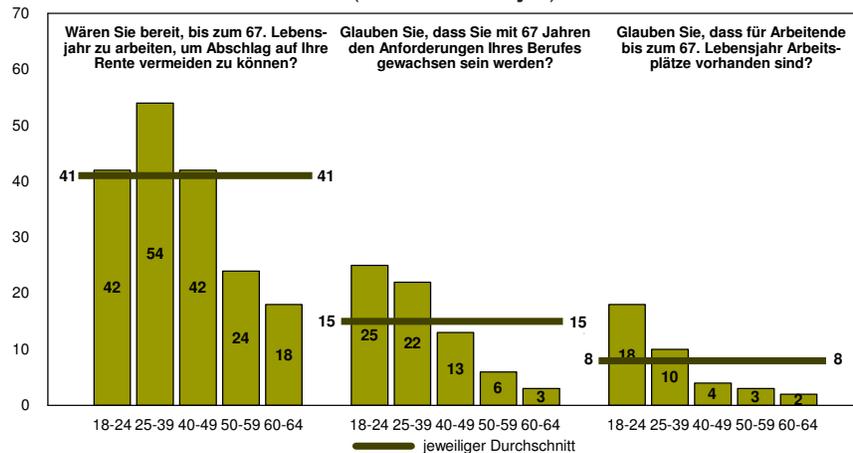
Die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre findet eine zwiespältige Resonanz. Einerseits sind 41 % der Bürger zwischen 18 und 65 Jahren bereit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten (auch um keine Abschlüsse in Kauf nehmen zu müssen), und 48 % lehnen es grundsätzlich ab. Andererseits gehen nur 8 % der Befragten davon aus, dass es hinreichend Arbeitsplätze geben wird, um selbst diejenigen weiter zu beschäftigen, die gegenwärtig erwerbstätig sind (vgl. Abbildung 4.2).

Befragt nach den individuellen Möglichkeiten einer längeren Lebensarbeitszeit, gehen 15 % davon aus, den damit verbundenen Anforderungen gewachsen zu sein, 76 Prozent geben an, körperlich und geistig dann nicht mehr dazu in der Lage zu sein (Ausnahme Hochschulabsolventen, Selbstständige und Freischaffende, Beamte).

---

<sup>6</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Heft 1.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Wanderungen, Wiesbaden 2006.

Abbildung 4.2: Aussagen zur Rente mit 67 nach Altersgruppen (nur Befragte unter 65 Jahren) - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

In den neuen Bundesländern verfügen inzwischen 57 % aller ab 18-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit - wenn auch bei unterschiedlicher Dauer. Dabei waren insgesamt seit 1990 Männer in höherem Maße betroffen (61 %) als Frauen (54 %). Die höchste Betroffenheitsquote weisen die Altersgruppen 25 bis 39 Jahre, den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit die zur Zeit 50- bis 60-Jährigen aus (vgl. Abbildung 4.3).

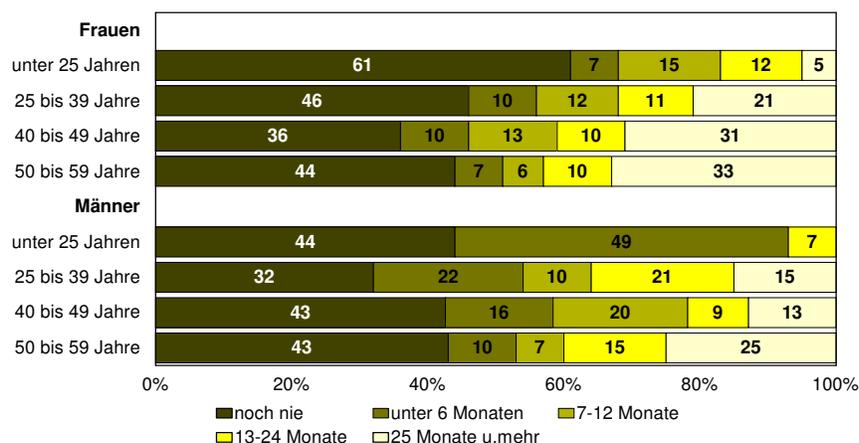
Die mit dem sog. "Hartz IV-Gesetz" vorgenommenen Eingriffe in die Einkommens- und Arbeitsmarktpolitik lehnen 50 % der befragten unter 65-jährigen Bürger ab (insbesondere 50- bis 60-Jährige - 63 % und Arbeitslose - 66 %), 19 % meinen, dass es in die erforderliche Richtung weist (insbesondere Beamte - 41 %, Selbstständige - 45 % und Hochschulabsolventen - 38 %) und 31 Prozent (!!) geben an, es nicht beurteilen zu können, dass es sie nicht interessiere bzw. haben jegliche Antwort verweigert. Das heißt, dass insgesamt nur ein verschwindender Anteil der Bürger hinter den Arbeitsmarktreformen in ihrer gegenwärtigen Form steht.

Die Positionen zu den Arbeitsmarktreformen - speziell zu Hartz IV - lassen sich im Einzelnen wie folgt charakterisieren:

*Erstens* ist die Auffassung bestimmend, dass Hartz IV zur Vernichtung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt beiträgt. 59 % der unter 65-jährigen Bürger identifizieren sich mit dieser Aussage. Nicht nur Arbeitslose vertreten diese Meinung (72 %), sondern auch Selbstständige (66 %). Der Glaube an arbeitsmarktfördernde Wirkungen ist nicht vorhanden.

*Zweitens* sind die mit "Hartz" verbundenen diskriminierenden Rahmenbedingungen für die Bewertung prägend. Eine ungerechtfertigte Benachteiligung

Abbildung 4.3: Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit seit 1990 bis 2006 (18 bis 60 Jahre) - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

gung im Einkommen sehen 52 % der Bürger in den sog "1-Euro-Jobs". Im Eindringen in die Privatsphäre der Betroffenen sehen 42 % eine "Entmündigung" des Einzelnen und 37 % halten die damit verbundene Öffentlichkeit für entwürdigend.

*Drittens* finden sozialpolitische Aspekte - wie Belastung der öffentlichen Finanzen (37 %) und soziale Absicherung der Betroffenen (26 %) - nur eine geringe Zustimmung.

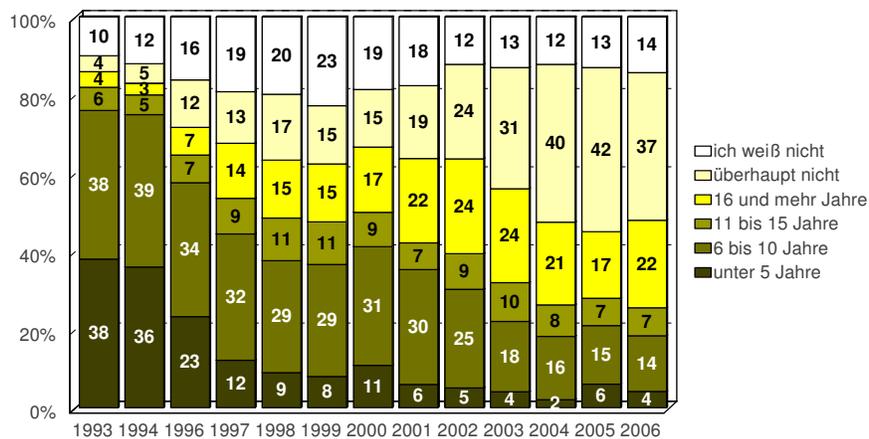
*Viertens* werden die "offiziell" mit Hartz IV vor allem in der Öffentlichkeit verbreiteten Wirkungen auf "mehr Druck auf den Einzelnen, sich um Arbeit zu bemühen" und gegen "Sozialleistungsmissbrauch" nicht unterstützt. Nur rd. 20 % stimmen einem solchen Anliegen zu. Es wird auch nicht davon ausgegangen, dass mit Hartz IV Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung für eine berufliche Tätigkeit verbunden sind (nur 12 % Zustimmung).

## 5 Einkommen

Einkommensentwicklungen - individuelles bzw. familiäres Einkommen, Erwerbs- oder Alterseinkommen - haben in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht erhalten, nicht zuletzt aufgrund der geringen Steigerungen der Bruttoarbeitsentgelte, der Nullrunden bei Rentnern, der zusätzlichen Belastungen durch Maßnahmen der Sozialreformen sowie der steigenden Preise und Tarife, die alles zusammen zu einer Senkung der Realeinkommen für die Mehrheit der Bürger führten. Mit der ab 1. Januar 2007 wirksamen Erhöhung der Mehrwertsteuer wird diese Entwicklung fortgesetzt.

Hinzu kommen nach wie vor ungerechtfertigte ungleiche Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West, die 2005 in den neuen Ländern bei den Bruttolöhnen und -gehältern 79,2 % und beim aktuellen Rentenwert 87,9 % erreichten. Die unmittelbar nach 1990 angenommene rasche Angleichung der Einkommensverhältnisse wurde seitens der Bürger immer mehr aufgegeben. Gingen 1993 noch 66 % davon aus, dass in den nächsten 10 Jahren eine Angleichung erfolgt (also bis 2003), so ist deren Anteil auf 17 % gesunken. 2006 nahmen 39 % aller über 18-Jährigen an, dass eine Angleichung überhaupt nicht mehr erfolgen wird, und 22 % gehen von mindestens 15 und mehr Jahren (also zeitigstens 2020) dafür aus. Die Illusionen sind verfliegen. Insbesondere 50- bis 60-Jährige haben wenig Hoffnungen auf eine Angleichung ebenso wie Bürger mit geringem individuellen Einkommen. Rentner gehen mehrheitlich nicht davon aus, die für 1994 gegebenen Zusagen auf ein einheitliches Rentenniveau noch zu erleben.

Abbildung 5.1: Erwartete Einkommensangleichung - 1993 bis 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -

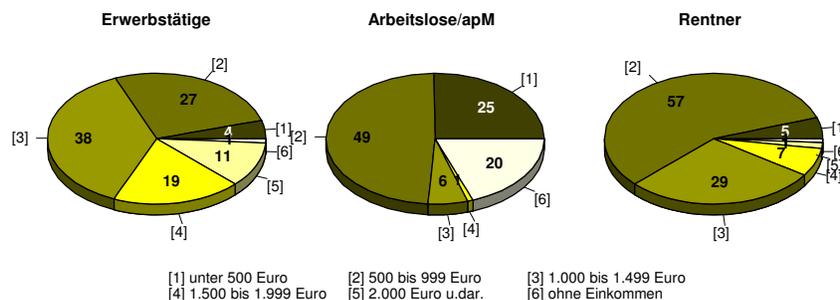


Datenbasis: sfz/leben 1993-2006 (gew.)

Unbestrittenermaßen haben sich seit 1990 die Einkommensverhältnisse insgesamt für die Bürger der neuen Bundesländer verbessert ebenso wie das dafür zu realisierende Angebot an Waren und Leistungen. Zugleich haben aber Differenzierungen innerhalb einzelner sozialer Gruppen sowie zwischen Erwerbseinkommen, Gewinnen und Vermögenseinnahmen deutlich an Gewicht für die Lebensverhältnisse des Einzelnen gewonnen. Das gilt insbesondere für einen steigenden Anteil von Bürgern die von Armut betroffen bzw. bedroht sind.

Von den befragten Bürgern gaben 8 % an, über kein eigenes Einkommen zu verfügen (dar. 19 % der Arbeitslosen), 9 % verfügen über ein individuelles

Abbildung 5.2: Individuelles Einkommen - Euro/Monat - nach Einkommensgruppen - 2006 - neue Bundesländer  
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

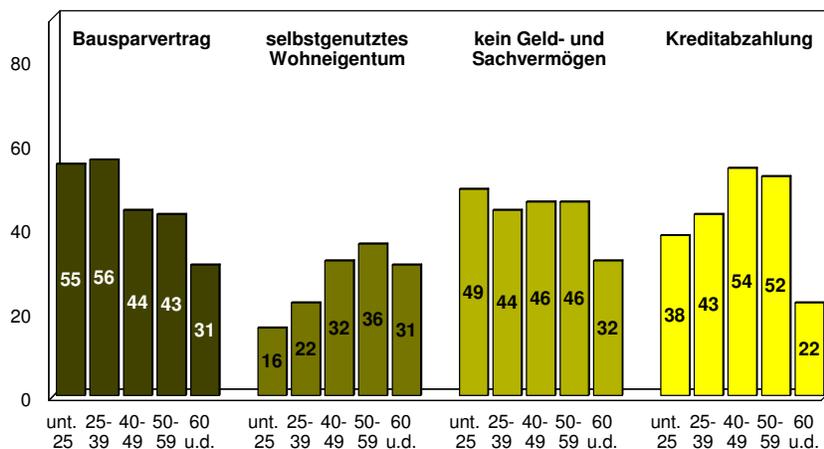
Einkommen unter 500 Euro/Monat (u.a. 12 % aller Frauen), 38 % erhalten zwischen 500 und 1.000 Euro (insbes. Frauen - 45 % und Senioren 55 %), 28 % zwischen 1.000 und 1.500 Euro, 12 % zwischen 1.550 und 2.000 Euro und 6 % geben ein monatliches Nettoeinkommen von über 2.000 Euro an. Letztere Gruppen sind insbesondere Hochschulabsolventen und Beamte.

Vergleicht man die individuellen Einkommen mit den Haushaltsnettoeinkommen, so werden zwei Tendenzen deutlich: einerseits werden z.B. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern über das Haushaltseinkommen "geglättet", während die Polarisierungen zwischen den Einkommen zunehmen. Bürger mit niedrigem individuellen Einkommen leben mehrheitlich auch in Haushalten mit geringen Einkommen beider Partner bzw. in 1-Personen-Haushalten, wie höhere individuelle Einkommen vor allem die Haushalte der oberen Einkommensgruppen prägen.

23 % aller Haushalte der Befragten in den neuen Bundesländer verfügten 2006 nur über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro (48 % aller Alleinlebenden, insbesondere Arbeitslose und Rentnerinnen), 23 % verfügten über 1.000 bis 1.500 Euro Haushaltseinkommen, 24 % über 1.500 bis 2.000 Euro und 31 % über 2.000 Euro. Letztere Gruppe konzentriert sich auf die Altersgruppen der 30- bis 60-Jährigen, auf Haushalte mit Hochschulabsolventen sowie 4- und 5-Personen-Haushalte (Transferleistungen und mehrere Einkommensbezieher).

Die Sach- und Geldvermögen sind insbesondere alters- und einkommensabhängig differenziert. 28 % aller ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder leben in selbstgenutzten Eigentumswohnungen/-häusern, 24 % sind Eigentümer von Grund und Boden, 1 % verfügt über als wertvoll einzuschätzende Kunstwerke/-sammlungen, 42 % weisen Geldvermögen (mehrheitlich unter 10.000 Euro) aus, 26 % verfügen inzwischen über Aktien/Fonds/Wertpapie-

Abbildung 5.3: Ausgewählte Daten zum Geld- und Sachvermögen - nach Altersgruppen - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

re und 42 % geben an, "nichts von alledem" zu besitzen. Die Zahl der Kreditnehmer hat insgesamt zugenommen (41 %) und verschiebt sich langsam auch in die älteren Jahrgänge (Langzeitkredite). Kennzeichnend ist insgesamt der hohe Anteil an Kreditaufnahmen für Bürger, die in Wohneigentum leben.

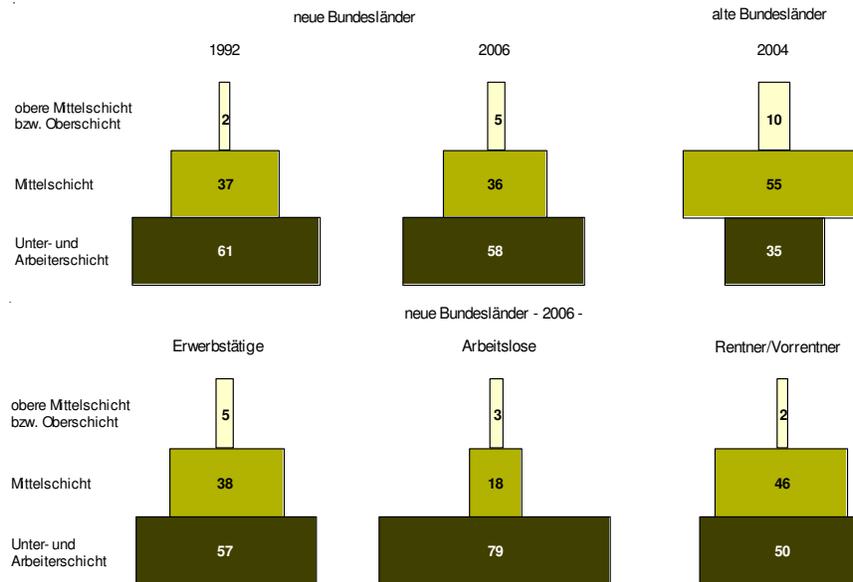
Im Gegensatz zur Vermögensbildung gibt es nach wie vor einen nicht unbedeutenden ansteigenden Anteil von Bürgern, die unterhalb der so genannten "Armutsschwelle" leben. Das betrifft Familien mit Kindern, Langzeitarbeitslose in besonderem Maße, inzwischen aber auch einen zunehmenden Anteil älterer Bürger.

Geht man davon aus, dass als "arm" zu bezeichnen ist, wer über weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens verfügt, so betrifft das in den neuen Ländern in besonderem Maße Arbeitslose (46 %), Alleinerziehende (34 %) sowie allein lebende Rentnerinnen (40 %).

Die Diskussionen um Armut, "neue Armut", "Kinderarmut", "Armut im Alter", "Unterschichten", "Prekariat" und andere Kennzeichnungen sich wandelnder Lebensverhältnisse reißen nicht ab. Die Untersuchungsreihe des SFZ analysiert seit 1992 auch die von den Bürgern vorgenommene Selbstzuordnung nach sozialen Schichten (Unter-, Arbeiter-, Mittel-, obere Mittel- und Oberschicht). Dabei ist kennzeichnend:

*Erstens* eine hohe Selbstzuordnung der Bürger zur Unter- (11 %) und Arbeiterschicht (47 %), welche - im Vergleich zu den alten Bundesländern - die realen unterschiedlichen sozialen Verhältnisse reflektiert, aber sicher auch über

Abbildung 5.4: Subjektive Schichteinstufung (nur Befragte mit individuell vorgenommener Schichtzuordnung) - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1992/2006; für alte Bundesländer: Datenreport 2006, S. 595

Jahrzehnte "angeeignete" Zuordnungen zu DDR-Zeiten (85 % aller Bürger wurden als "Arbeiter und Angestellte" zusammengefasst). Der Mittelschicht ordnen sich insgesamt 36 % der Befragten ab 18. Lebensjahr zu, der oberen Mittelschicht 5 % und der Oberschicht nicht einmal 1 % - auch hier Ausdruck des realen Fehlens z.B. einheimischer Eliten (Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur). So fühlen sich z.B. rd. 25 % der Befragten, die 1990 noch nicht in den neuen Ländern lebten, den oberen Schichten zugehörig.

Zweitens ist über die Jahre feststellbar, dass sich der Anteil derjenigen, die sich der Unter- und Arbeiterschicht zuordnen, seit 2002 tendenziell erhöht hat. Waren es 1992 nur 4 %, die sich zur Unterschicht rechneten, stieg ihr Anteil inzwischen auf 11 %. Insbesondere Arbeitslose ordnen sich inzwischen mit 39 % der Unterschicht zu - das waren 1992 "nur" 6 %. Derzeit Langzeitarbeitslose geben zu 43 % an, sich zur Unterschicht zu rechnen, was darauf verweist, dass weniger die Länge, sondern der Status als "Arbeitsloser" bestimmend für die Zuordnung ist. Aber auch bei Erwerbstätigen ist eine ansteigende Tendenz nachweisbar. Inzwischen fühlen sich 32 % der geringfügig Beschäftigten der Unterschicht zugehörig, d.h. bewerten ihre soziale Stellung "negativ".

*Drittens* ist auch bei Senioren eine zunehmende Polarisierung feststellbar, indem einerseits der Anteil derer, die sich der Unterschicht zuordnen - wenn auch noch unter dem Durchschnitt liegend -, ansteigt (7 % - 2006) und andererseits eine zunehmende Zuordnung zur Mittelschicht (46 %) erfolgt, die keineswegs nur die Einkommensverhältnisse, sondern in besonderem Maße die "Sicherheit" auf das Einkommen und die Bewertung einer abgeschlossenen Erwerbsbiografie einschließt.

*Viertens* rechnen sich zur oberen Mittelschicht vor allem Beamte (23 %), Studenten (44 %), Bezieher eines individuellen Nettoeinkommens über 2.000 Euro/Monat (24 %) sowie Hochschulabsolventen (15 %).

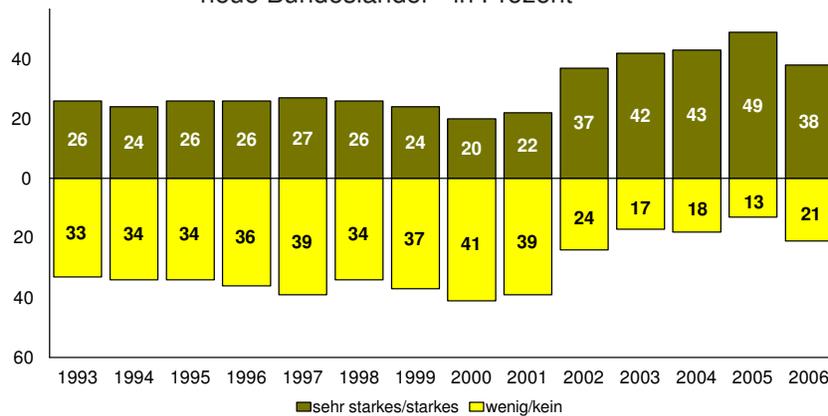
## **6 Demokratie - Institutionenvertrauen**

Eine der grundlegenden Triebkräfte der Vereinigung Deutschlands war neben dem Streben nach einem der Arbeitsleistung entsprechenden Wohlstand und dem Erlangen grundlegender Freiheiten (insbesondere Meinungs-, Presse-, Reisefreiheit) vor allem der Wunsch auf das Leben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu durchaus widersprüchlichen Erfahrungen geführt. Den neuen Möglichkeiten auf Vereins-, Organisations- und Parteienvielfalt und damit verbundener Meinungs- und Orientierungsvielfalt steht gleichermaßen eine parlamentarische Demokratie gegenüber, die in der Wahl von "Repräsentanten" auf den einzelnen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) für mehrere Jahre die wichtigste und fast einzige Möglichkeit zur Mitgestaltung insbesondere im politischen Raum sieht und weitgehend darauf begrenzt. Plebiszitäre Elemente, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (z.B. für ältere Bürger u.a. Gruppen) sind nur über "parlamentarische" Wege möglich.

Der anfänglichen Euphorie ist Ernüchterung gefolgt. 2006 waren nur noch 9 % der über 18-jährigen Ostdeutschen mit dem Stand der Demokratieentwicklung zufrieden, 33 % waren teilweise zufrieden und 50 % unzufrieden (7 % ohne Antwort). Noch Anfang der 90er Jahre betrug der Anteil der "Unzufriedenen" nur 31 % (1994). Auch 2006 gibt es übereinstimmende Aussagen von Frauen und Männern sowie nur geringfügige Unterschiede zwischen einzelnen Altersgruppen. Mit dem sozialen Status und dem individuellen sowie familiären Einkommen steigt die "Demokratiezufriedenheit", was darauf verweist, dass die dem Einzelnen gegebenen Chancen auf die Gestaltung seines Lebens (Arbeit, sozialer Status, Einkommen) maßgeblich seine Haltung zum System reflektieren und umgekehrt.

Insbesondere die Jahre seit 2000 haben zunächst zu einer zunehmenden politischen Sensibilisierung der Bürger beigetragen (Debatten um Sozialreformen), scheinen jedoch mit den ersten Wirkungen der neuen Regierungskoalition wieder im Schwenden zu sein.

Abbildung 6.1: Entwicklung des politischen Interesses - 1993 bis 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -

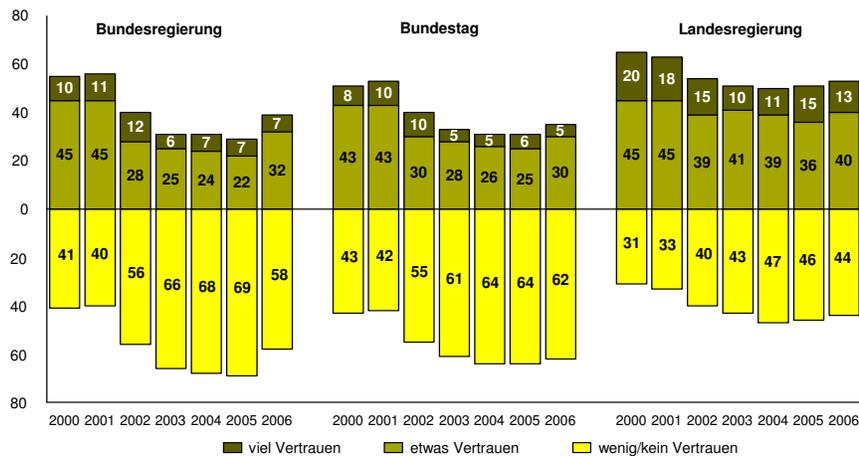


Datenbasis: sfz/leben 1993-2006 (gew.)

Waren Anfang der 90er Jahre die Erwartungen an die gesellschaftlichen Institutionen relativ hoch, so ist das in sie gesetzte Vertrauen seit Beginn des neuen Jahrtausends - nicht zuletzt im Ergebnis nicht eingelöster Versprechungen sowie direkter Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme und nach wie vor ungelöster Probleme in der Arbeitsmarktpolitik bzw. der Angleichung der Lebensverhältnisse - erkennbar sinkend..

Insgesamt ist das Vertrauen der Ostdeutschen in gesellschaftliche Institutionen eher gering. Am stärksten ausgeprägt ist es (2006) seitens der Ostdeutschen zur Polizei (41 % voll/viel Vertrauen - bei steigender Tendenz: 1993 = 20 %), zu den Stadt- bzw. den Gemeindeverwaltungen (25 %) sowie den Gerichten (24 %). Bundestag (5 %) und Bundesregierung (7 %) genießen in geringstem Maße volles/viel Vertrauen und stehen bei den Bürgern nicht hoch im Kurs. Die ab 2000 eingetretene erkennbar sinkende Tendenz ist 2006 erstmalig wieder steigend ("Merkel-Bonus" - vor allem durch Zunahme der Aussage "etwas Vertrauen"). Die "Zuwendung" in die neue Bundesregierung ist am höchsten bei Hochschulabsolventen (10 %), Bezieher höherer Einkommen (16 %) und älteren Bürgern (11 %), am geringsten bei Arbeitslosen (70 % kein Vertrauen) und der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen (68 %). Die Landesregierungen stabilisieren sich insgesamt, bei z.T. deutlich unterschiedlichen Bewertungen in den einzelnen Ländern (vgl. Abbildung 6.2).

Abbildung 6.2: Vertrauen in Institutionen - 2000 bis 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2000-2006 (gew.)

## 7 Identifikation - Integration

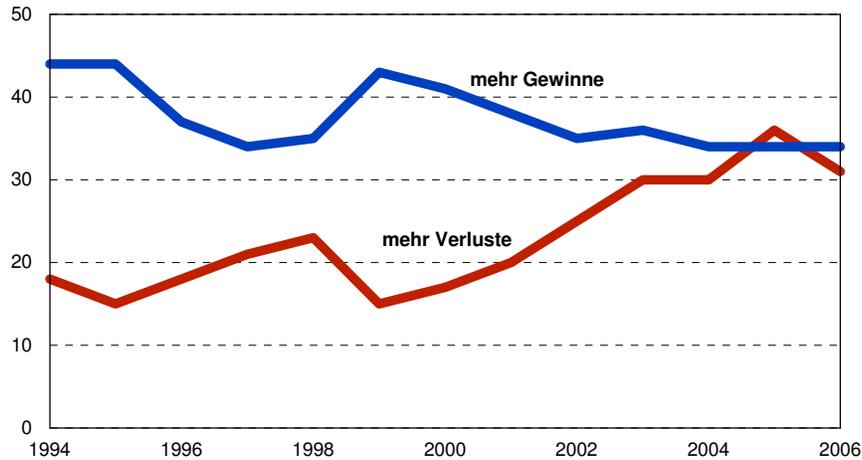
Die Vereinigung Deutschlands ist und bleibt Ergebnis der friedlichen Revolution der ostdeutschen Bevölkerung, getragen und gewollt von der Mehrheit der Bürger, bei allen Unterschieden in der Motivation. Inzwischen sind rd. 17 Jahre vergangen. Mit Höhen und Tiefen, mit Fortschritten und Rückschlägen, mit Zugewinnen und Verlusten in diesem oder jenem Bereich. Über den Gesamtzeitraum weist die Bewertung der Vereinigung durch die Bürger drei charakteristische Tendenzen auf.

*Erstens* hat sich der Anteil der Bürger, die für sich vor allem bzw. mehr Gewinne sehen, auf rd. einem Drittel (2006 = 34 %) stabilisiert.

*Zweitens* hat der Anteil derer, für welche die Vereinigung vor allem bzw. mehr mit Verlusten verbunden ist, eine insgesamt steigende Tendenz (2006 = 31 %). Das betrifft insbesondere Arbeitslose (48 %), Befragte aus der Landwirtschaft (41 %), Bezieher von Niedrigeinkommen (56 %) sowie die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (49 %). Als Gewinner sehen sich eher Hochschulabsolventen, Beamte und Bezieher höherer Einkommen. Den stärksten Veränderungen in der Bewertung unterlag die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen.

*Drittens* folgen die Bewertungen politisch-ökonomischen Veränderungen und Annahmen. Das wird deutlich an der Zunahme negativer Wertungen am Ende der Kohl-Ära (1998), der kurzzeitigen Verbesserung bzw. Belebung nach Bildung der rot-grünen Koalition ("Schröder-Bonus") und der steten Zunahme von Verlust-Bewertungen seit 2000 mit dem Spitzenwert im Jahr 2005. Die Werte 2006 sind dem "Merkel-Bonus" positiv zuzuschreiben.

Abbildung 7.1: Bewertung der deutschen Einheit - Gewinne-Verluste  
- 1994 bis 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -

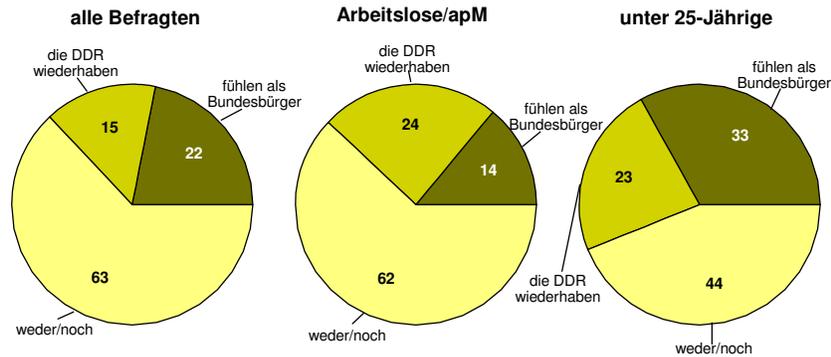


Datenbasis: sfz/leben 1994-2006 (gew.)

Die 2006 erhobenen Gesamtaussagen verweisen mit aller Deutlichkeit auf die nach wie vor nicht vollendete Einheit. Nach der politischen Vereinigung kam der Angleichungsprozess relativ rasch zum Erliegen. Bis in die Gegenwart existieren zwei Wirtschaftsgebiete, zwei Ausbildungs- und Arbeitsmärkte, zwei Rentenrechtsgebiete, zwei Tarifgebiete, zwei Gebiete mit unterschiedlichen Wertestrukturen und Sichten auf Gegenwart und Vergangenheit sowie den Chancen Einheimischer, in die "Eliten" aufzusteigen. Die Integration der Ostdeutschen ist insgesamt - bei allen anerkannten Fortschritten - nicht erreicht worden. Das findet seinen Ausdruck auch in der von den Bürgern vorgenommenen Bewertung der Identifikation mit der BRD.

Auf die Frage nach der Identifikation mit der Bundesrepublik antworteten 22 % der Bürger, dass sie sich als "richtige Bundesbürger" fühlen (insbesondere unter 25-Jährige - 33 % - Hochschulabsolventen - 38 % - Beamte und höhere Einkommensgruppen). "Ich möchte am liebsten die DDR wiederhaben" geben 15 % der Befragten an, wobei festzuhalten ist, dass es sich insbesondere um zwei Gruppen handelt: Arbeitslose (24 %) und ebenfalls unter 25-Jährige (23 %). Beide Gruppen sind die mit den meisten Problemen bei der selbstständigen Gestaltung ihres Lebens aufgrund fehlender Möglichkeiten der Integration in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der BRD. Die hohen (Ab-) Wanderungsraten junger Menschen belegen die fehlenden Bedingungen für eine erforderliche Integration. Es geht nicht wirklich darum, die DDR wiederhaben zu wollen, sondern um Arbeit und ein auf eigener Erwerbstätigkeit beruhendes Einkommen.

Abbildung 7.2: "Als was fühlen Sie sich nach 16 Jahren deutsche Einheit?" - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Mehrheitlich wird die Aussage getroffen: "Ich fühle mich noch nicht als Bundesbürger, aber ich möchte auch die DDR nicht wiederhaben" (63 %). Damit wird einerseits die eindeutig bewältigte DDR-Vergangenheit zum Ausdruck gebracht wie andererseits die noch nicht hinreichend erfolgte Gleichbehandlung der Ostdeutschen nach der Vereinigung und die bis heute vorhandenen Defizite des Integrationsprozesses.

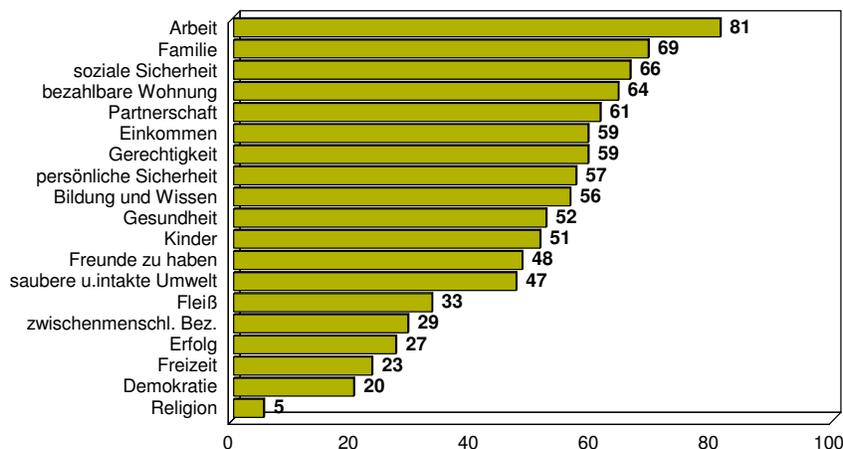
## 8 Werte - Verbundenheit - Klima

Die Wertestruktur ist nach wie vor durch eine weitgehend stabile Struktur geprägt, in deren Mittelpunkt die Werte Arbeit, Familie und soziale Sicherheit stehen. Für 81 % aller Bürger ist Arbeit in ihrem Leben sehr wichtig, zugleich ist für 69 % die Familie sehr wichtig ebenso wie für 66 % soziale Sicherheit. Das gilt für alle Altersgruppe gleichermaßen. Frauen messen dabei der Arbeit einen höheren Stellenwert bei (87 % der Frauen unter 50 Jahren) als Männer, ebenso wie sie der Familie einen höheren Wert beimessen (73 % - Männer 64 %).

Für sehr wichtig in ihrem Leben halten die Bürger zugleich bezahlbares Wohnen (64 %), ein der Leistung entsprechendes Einkommen (59 %). Partnerschaft (61 %), soziale Gerechtigkeit (59 %) sowie persönliche Sicherheit (57 %). Bildung, Gesundheit, Kinder, Freunde genießen einen hohen Rang in der Wertestruktur vor Werten wie Fleiß, Erfolg und Religion. Gerade mit den Letzteren unterscheiden sich Ostdeutsche (ebenso wie mit ihrer Haltung zur Arbeit) nach wie vor von den Bürgern der alten Bundesländer (vgl. Abbildung 8.1).

Insgesamt ist einerseits ein hohes Maß an Übereinstimmung z.B. zwischen Frauen und Männern festzustellen, was eine stärkere Wertorientierung von Frauen auf sozial-familiäre Werte - z.B. bezogen auf Arbeit, Bildung, Kinder,

Abbildung 8.1: "Wie wichtig ist Ihnen...?" - 2006 - neue Bundesländer  
- in Prozent - (nur Antwort: "sehr wichtig")



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Familie und soziale Sicherheit - durchaus einschließt. Soziale Sicherheit gewinnt mit dem Alter an Gewicht.

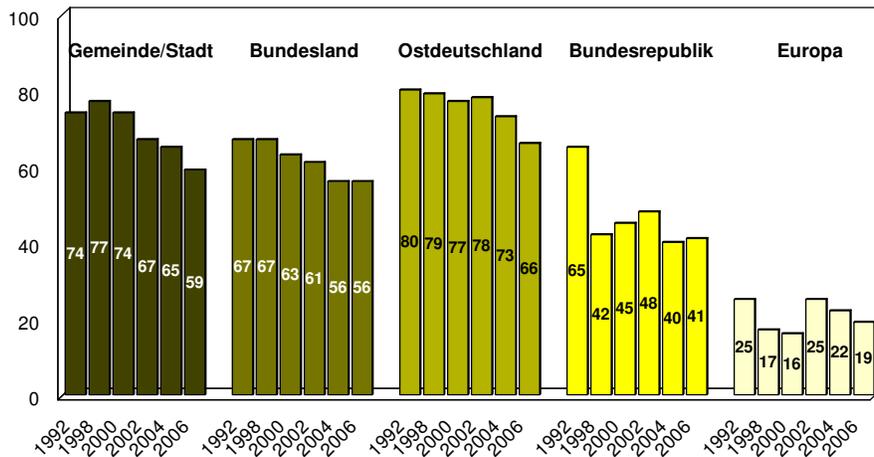
Der Vergleich zu den getroffenen Aussagen vergangener Jahre verweist insgesamt auf eine hohe Stabilität in den Werten und ihren Strukturen, was eine Zunahme des Stellenwertes z.B. für Arbeit (1990 = 65 % - 2006 = 81 %) ebenso ausmacht wie einen doch bedeutenden Werteverlust für ein Leben mit Kindern bei den unter 30-Jährigen von 48 % (sehr wichtig im Jahr 1990) auf 30 % (2006). Hervorzuheben ist hierbei der noch deutlichere Werteverlust bei jüngeren Männern.

Vergleicht man die Entwicklungen in den vergangenen Jahren, so ist allgemein festzustellen, dass es eine generell abnehmende Identifikation mit fast allen Bezugspunkten zur jeweiligen Gemeinde/Stadt, zum Bundesland, zu Ostdeutschland, zur Bundesrepublik gibt. Die Verbundenheit mit dem jeweiligen "engeren" und "weiteren" Lebensraum ist rückläufig (vgl. Abbildung 6.2).

Ein in den vergangenen Jahren erkennbarer Trend zunehmender Bindung jüngerer Menschen an die Bundesrepublik Deutschland ist 2006 zum Erliegen gekommen. Offensichtlich hat die insgesamt unbefriedigende Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die Entwicklung der kulturellen und sozialen Infrastruktur in vielen Regionen Ostdeutschlands seine "Nachwirkungen", die sich nicht nur in "Abwanderungen" reflektieren (vgl. Abbildung 8.2).

Das in einem Lande herrschende "soziale Klima" reflektiert in gewisser Weise die dem Einzelnen vermittelten Werte (z.B. wie wichtig ihm Kinder, Familie, Eltern sind) ebenso wie vermittelte "Leitbilder" in Haltungen z.B. gegenüber

Abbildung 8.2: Verbundenheit mit der Region - neue Bundesländer  
- in Prozent - (nur Antwort: "ziemlich stark"/"stark")



Datenbasis: sfz/leben 1992-2006 (gew.)

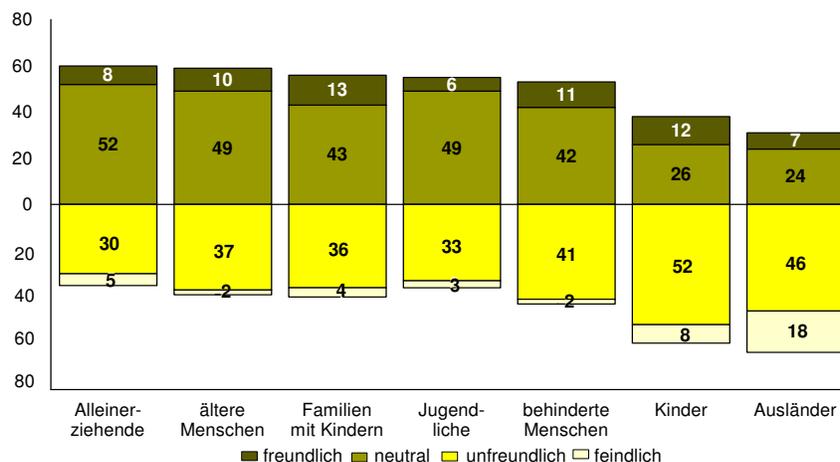
behinderten Menschen, Ausländern, Alleinerziehenden usw. Es reflektiert den zwischenmenschlichen und staatlichen Umgang der Bürger mit speziellen sozialen Gruppen, ist Ausdruck der Rahmenbedingungen, die für Entwicklung der jeweiligen Gruppen aus Sicht des einzelnen Bürgers existieren.

Die Haltung der Ostdeutschen zu Familie und familiärem Umfeld bzw. sozialen Gruppen, die in besonderem Maße unter "spezifischen Lebensverhältnissen" leben bzw. sich von den eigenen abheben, beruhen sowohl auf besonderen Sozialisationserfahrungen als auch auf medienvermittelten "Leitbildern".

Zwei Aspekte sind bei der "Klimabewertung" hervorzuheben: Erstens gibt es kaum eine Gruppe aus Sicht der befragten Bürger, für welche das Klima, in dem sie leben, mit "freundlich" bewertet wird. Vorherrschend ist für diesen Personenkreis die Aussage "neutral", was letztlich meint, dass es weder eine besondere Beachtung (Förderung), aber auch keine Benachteiligung (Diskriminierung) gäbe.

Zweitens wird vor allem das Klima, unter denen Kinder und Ausländer in Deutschland leben, als überwiegend unfreundlich bzw. sogar feindlich charakterisiert. So vertreten 60 % der Bürger die Auffassung, dass in der Bundesrepublik ein kinderunfreundliches bzw. -feindliches Klima herrscht. Bei Ausländern gehen sogar 18 % von einem ausländerfeindlichen bzw. 46 % von einem ausländerunfreundlichen Klima aus. Unabhängig davon, ob es sich dabei um eigene oder angenommene Erfahrungen handelt, die der Bewertung zugrunde liegen, kennzeichnen sie in erschreckender Weise die Haltung der Bürger im Umgang miteinander.

Abbildung 8.3: "Wie ist Ihrer Meinung nach das Klima in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf ...?" - 2006  
 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

## 9 Wohnen

Unbestrittenermaßen haben sich für die überwältigende Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer die Wohnverhältnisse verbessert. Das betrifft gegenüber 1990 sowohl den Wohnungszustand (Fensteranierungen, moderne Heizungssysteme) als auch die Wohnungsausstattung (Telefon, moderne Haushaltstechnik u.a.). Ein keineswegs unbedeutender Teil noch nicht im Rentenalter Stehender hat Wohneigentum erworben mit entsprechender Lage und Komfort. Gleichzeitig erfolgte eine bedeutende Steigerung der Miet- und Betriebskosten und ihres Anteils an den Haushaltsnettoeinkommen, erhöhten sich zum Teil Überschuldungen bzw. Mietrückstände und erreichte Obdachlosigkeit eine gesellschaftlich zu beachtende Größe. Erstmals erfolgten Zwangsumzüge aufgrund von Arbeitslosigkeit.

Unabhängig davon ist das Wohnen der Lebensbereich mit der höchsten Zufriedenheitsbewertung (74 % - vgl. S. 6). Die Wohnzufriedenheit sinkt mit dem Alter und steigt mit dem Einkommen. Die Tabelle 9.1 verdeutlicht die mit unterschiedlichen Wohnverhältnissen verbundenen differenzierenden Qualitäten. Insbesondere Genossenschaftswohnungen (mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Bürgern ab 60. Lebensjahr) bieten gegenwärtig - nach dem Wohneigentum - die für die neuen Bundesländer mietgünstigsten Bedingungen. Die durchschnittliche Mietbelastung geben die befragten Bürger im Jahr 2006 mit rd. 26 % ihres Haushaltsnettoeinkommens an. Ältere Bürger (z.B. 60- bis 64-jährige) haben inzwischen eine Mietbelastung von rd. 30 %.

Tabelle 9.1: Ausgewählte Indikatoren zur Wohnsituation nach Eigentums-/Mietverhältnis - 2006 - neue Bundesländer -

	Anteil an Befragten - in Prozent -	durchschnittliche Anzahl der Wohnräume	durchschnittliche Quadratmeterzahl der Wohnung	Gesamtmiete/ Gesamtbelastung Euro/Monat
Mietwohnung - privat	27	2,5	66,1	457
Mietwohnung - kommunal	28	2,7	59,3	451
Genossenschaftswohnung	17	3,0	60,7	386
selbst genutztes Eigentum	29	4,1	106,3	408
insgesamt	100	3,1	74,6	568

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

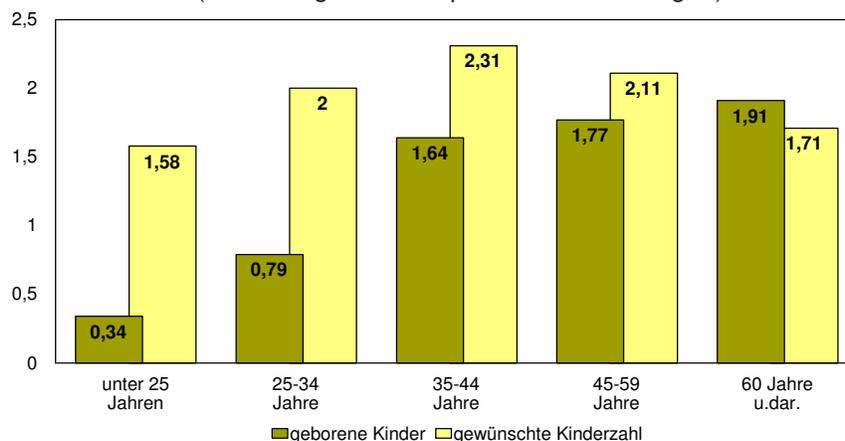
## 10 Familie

Der generelle Geburtenrückgang in Deutschland Ost wie West ist unübersehbar. Seit Jahrzehnten wird die einfache Reproduktion der Bevölkerung in Deutschland - d.h. der Ersatz der Elterngeneration - dauerhaft nicht mehr gesichert. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat in seiner Regierungserklärung im Jahr 2004 den richtigen Satz geprägt: "Kinder sind ein anderes Wort für Zukunft und für Zuversicht"<sup>7</sup>. Fehlende Geburten bzw. Kinder sind Ausdruck von Perspektivlosigkeit und sozialer Verunsicherung. Das gilt in den neuen Bundesländern in besonderem Maße. Die Zahl der Frauen, die Kinder gebären, geht zurück und die Zahl der Kinder, die von ihnen geboren werden, auch. Über Ursachen und Auswirkungen dieser Entwicklung ist schon viel geschrieben worden. Die von der neuen Bundesregierung initiierte Familienoffensive wird vor allem daran gemessen werden, wie sie dazu beiträgt, dass sich Frauen/Männer ihren Geburtenwunsch erfüllen können unter Bedingungen, die ihnen Erwerbsarbeit und eine den individuellen Vorstellungen entsprechende Vereinbarkeit von Mutterschaft/Elternschaft und Erwerbsarbeit ermöglichen.

Die Ergebnisse der 2006 durchgeführten Befragung verdeutlichen einerseits einen seit Mitte der 90er Jahre anhaltenden sinkenden Kinderwunsch und die zunehmende Differenz zwischen ursprünglichem Kinderwunsch und seiner Realisierung. Während in den heutigen Rentnergenerationen - nicht zuletzt aufgrund des Fehlens entsprechender Möglichkeiten zur Vermeidung ungewünschter Geburten - die Zahl der geborenen Kinder z.T. über dem ursprünglichen Kinderwunsch lag, haben sich nach 1990 doch deutliche

<sup>7</sup> Gerhard Schröder: Regierungserklärung vom 25. März 2004.

Abbildung 10.1: Anzahl der Geburten und gewünschte Kinderzahl nach Altersgruppen - 2006 - neue Bundesländer - (nur Befragte mit entsprechenden Aussagen)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

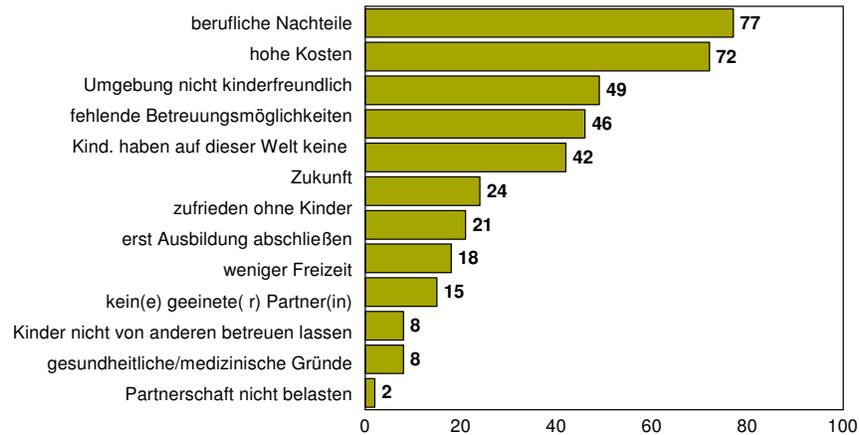
Veränderungen vollzogen. Kinder werden z.T. als Risiko für die eigene Entwicklung gesehen, bzw. die allgemeine Zukunftsverunsicherung wird auch auf künftiges Leben übertragen, so dass es als unverantwortlich erscheint, Kinder in diese Welt hinein zu setzen.

Als wichtigste Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen werden von den Bürgern der neuen Länder vor allem genannt: berufliche Nachteile (77 %) und zu hohe Kosten (72 %). Dem folgen mit deutlichem Abstand eine nicht kinderfreundliche Umgebung (49 %), fehlende Betreuungsmöglichkeiten (46 %), fehlende Zukunft für Kinder (42 %). Diese Aussagen werden in relativ hoher Übereinstimmung zwischen Frauen und Männern getroffen (Frauen geben fehlenden Betreuungsmöglichkeiten einen höheren Stellenwert - 49 %, Männer stellen eher höhere Kosten fest - 77 %). Alle anderen möglichen Ursachen haben gegenüber den Vorgenannten deutlich geringeren Stellenwert bzw. sind z.T. altersabhängig differenziert (z.B. "weniger Freizeit" geben naturgemäß vor allem unter 25-Jährige an - 28 %) (vgl. Abbildung 10.2).

Der demografische Wandel ist nicht nur charakterisiert durch eine sinkende Kinderzahl und steigenden Anteil älterer Menschen, sondern auch durch eine zunehmende Vielfalt von Lebensformen, deren Stellenwert für die Kindererziehung z.T. konträr diskutiert wird. Die Haltung der Bürger der neuen Bundesländer weist drei charakteristische Momente auf:

*Erstens* gibt es eine hohe Priorität für eine partnerschaftliche Erziehung von Kindern unabhängig davon, ob mit oder Trauschein (78 %) sowie für die berufliche Einbindung beider Elternteile (63 %).

Abbildung 10.2: Gründe für sinkende Geburtenzahlen in Deutschland - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

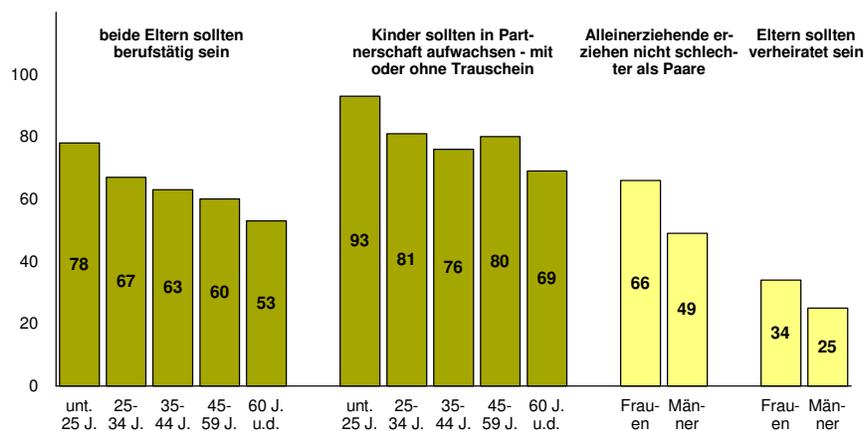
*Zweitens* gibt es einen unverkennbaren Generationsunterschied in den Einstellungen, die bei den Älteren nach wie vor stark traditionell ausgeprägt sind. Dass es wichtig für Kinder sei, dass die Eltern verheiratet sind, vertreten 56 % der über 60-Jährigen, im Gegensatz zu 12 % der 25- bis 39-Jährigen. Auf der anderen Seite ist es für über 85 % der unter 30-Jährigen zwar wichtig, dass Kinder in Partnerschaft, aber nicht an einen Trauschein gebunden aufwachsen, im Gegensatz zu 67 % der über 60-Jährigen.

Keineswegs uninteressant ist auch, dass die Aussage, "dass die Mutter vorrangig für die Erziehung der Kinder verantwortlich sei", von 84 % der unter 40-Jährigen abgelehnt wird, aber nur von 39 % der über 60-Jährigen. Offensichtlich reflektieren sich die gesammelten Lebenserfahrungen ebenso wie erklärte Ziele und Leitbilder - unabhängig vom jeweiligen System.

*Drittens* sind auch die Auffassungen der Männer eher konservativ als die der Frauen. Das betrifft insbesondere die Haltung zu Alleinerziehenden aber auch zur Familie. Während 66 % der Frauen die Auffassung unterstützen, dass Alleinerziehende ihre Kinder nicht schlechter erziehen als Paare, stimmen dem nur 49 % der Männer zu. Aber auch bei anderen o.g. Aussagen tendieren Männer (auch jüngere) eher zu traditionellen Vorstellungen (vgl. Abbildung 10.3).

Für eine ausschließlich häusliche Kinderbetreuung sprechen sich für einen Zeitraum bis zu einem Jahr 38 % der Befragten aus, bis zu 2 Jahren 37 % und bis 3 Jahre 18 %. Auch hier sind es eher ältere Frauen, die eine längere häusliche Kindererziehung unterstützen. Generell sehen Frauen die Mütter mehr in der Verantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder als

Abbildung 10.3: Meinungen zur Familie und Kindererziehung - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

den Vater (diese Auffassung unterstützen insbesondere auch Männer ab 40. Lebensjahr).

Maßnahmen der Familienförderungen werden insbesondere im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutter-/Elternschaft eingefordert (74 % aller Befragten und 85 % aller unter 50-jährigen Frauen). Gleichrangig werden an zweiter Stelle Maßnahmen zur Wiedereingliederung nach einer "Kindererziehungsphase" genannt (72 %/85 %). Eine Befürwortung des generellen Ausstieges von Frauen im Interesse der Kinder findet nur bei einem kleinen Teil der Bürger Unterstützung (unter 10 %).

Hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von Eltern finden vor allem Maßnahmen zur kostenlosen Betreuung in Kindergärten und Ganztagschulen, der Zahlung eines Elterngeldes bzw. der finanziellen Unterstützung gering verdienender Eltern Zustimmung.

## 11 Sozialreformen - Soziale Sicherheit

Das Bemühen um den Um(Ab-)bau des Sozialstaates ist generell charakterisiert durch den Abbau des sozialen Sicherungssystems im Sinne des systematischen Rückzugs des Staates aus der Mitverantwortung durch Co-Finanzierung sozialer Leistungen.

Ohne Vorliegen eines Gesamtkonzepts werden in Einzelbereichen Entscheidungen getroffen, die mehrheitlich zur zunehmenden Abkoppelung sozialer Sicherheit von der vom Einzelnen erbrachten (Lebens-)Arbeitsleistung führen. Die Sozialreformen bewirken bis in die Gegenwart eine wachsende

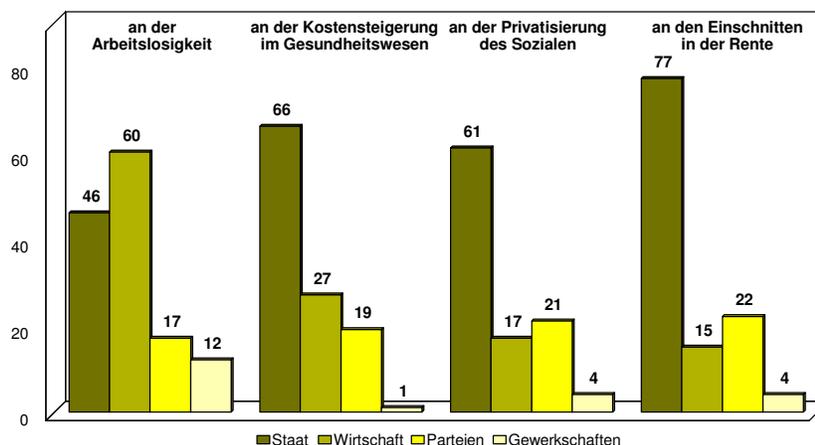
Entsolidarisierung zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden (insbesondere Arbeitslosen und Rentnern), zwischen den (noch) von den Gewerkschaften Vertretenen und denen, die keine Lobby (mehr) haben und (zumindest gegenwärtig) keine Gefahr für den sozialen Frieden und die Effizienz der Wirtschaft darstellen. Eine mit dieser Entwicklung verbundene erhöhte soziale Instabilität gefährdet die "friedliche Koexistenz" des Lebens der Menschen miteinander. Gerade Bürger der neuen Bundesländer haben die Erfahrung, dass soziale Instabilität immer mit zunehmender politischer Instabilität verbunden ist.

Die bisher realisierten Teile der Sozialreformen dienen mehrheitlich nicht den sozial Bedürftigen, sondern sind eine Umverteilung finanzieller Mittel zu Gunsten von Wirtschaft, Versicherungen und Unternehmen ohne jegliche Garantien, dass die "frei gesetzten" Mittel zu mehr Arbeitsplätzen und höheren Sozialeinnahmen führen. Es ist der Ausstieg aus einem staatlich abgesicherten Solidarvertrag in eine unverbindliche Subventionsvereinbarung zu Gunsten der Arbeitgeberseite unter Ausschluss der Arbeitnehmer, der Jungen und Alten.

Vielen Bürgern der neuen Bundesländer fehlt es inzwischen am Glauben, dass seitens der herrschenden Parteien und Verbände eine - als notwendig durchaus akzeptierte - Sozialreform im Interesse der Bürger realisiert wird.

Seitens der Bürger gibt es relativ eindeutige Aussagen über die Verantwortung für eingetretene Entwicklungen im Zusammenhang mit den Sozialreformen. Überwiegend wird der Staat für die erfolgten Veränderungen im Bereich der Alterseinkommen (77 %), des Gesundheitswesens (66 %) so-

Abbildung 11.1: "Wer ist Ihrer Meinung nach Schuld ...?" - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

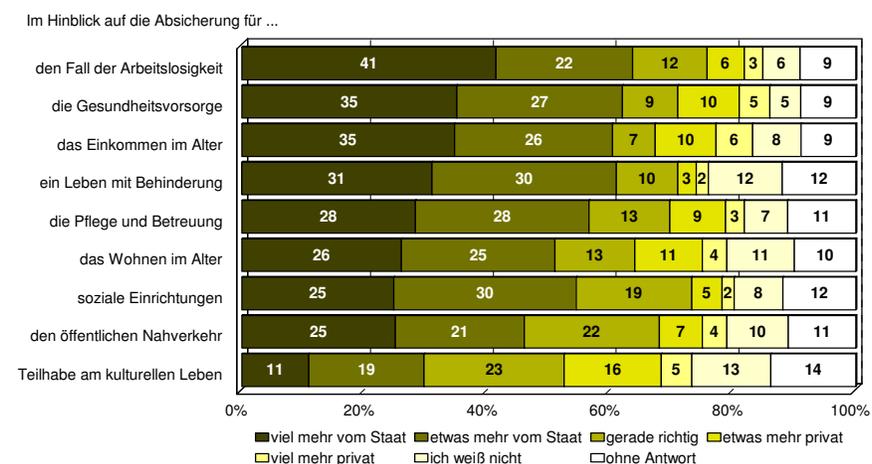
wie der sozialen Sicherungssysteme (61 %) verantwortlich gemacht. Der Wirtschaft wird die Hauptverantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit (60 %) vor dem Staat (27 %) gegeben. Wenn auch in geringerem Maße, wird auch den Parteien eine Mitverantwortung vor allem bei der "Neu"gestaltung des Gesundheitswesens, der Sicherungssysteme und der Rentenentwicklung zugewiesen. Mit zunehmendem Alter erhöht sich der Anteil der Bürger, die dem Staat eine besondere Verantwortung zuweisen (bzw. der Wirtschaft bei der Arbeitslosigkeit). Insbesondere Frauen sehen den Staat generell in einer höheren Schuld.

Insgesamt sind die Vorstellungen von einer durch den Staat zu gewährenden sozialen Sicherheit aufgrund erlebter Erfahrungen vor und nach 1990 nach wie vor in der Bevölkerung verwurzelt. Dabei herrscht keine "Vollkasko-Mentalität", sondern die Notwendigkeit privater Vorsorge wird - zunehmend von Jüngeren und soweit die Möglichkeiten des Einzelnen dafür gegeben werden - anerkannt.

Unter 40-Jährige und über 70-Jährige bestimmen in der Mehrheit der Bereiche die "Flügel": Staat - Privat. Die größere Orientierung auf Privatvorsorge bei Jüngeren sollte jedoch nicht als anzustrebendes Modell, sondern eher als Zweifel an den vom Staat zu gebenden Sicherheiten anzusehen sein.

Ohne die "Finanzprobleme" des Staates zu leugnen, stehen aus Sicht der Bürger - bezogen auf alternative Entscheidungen, für welche Zwecke der

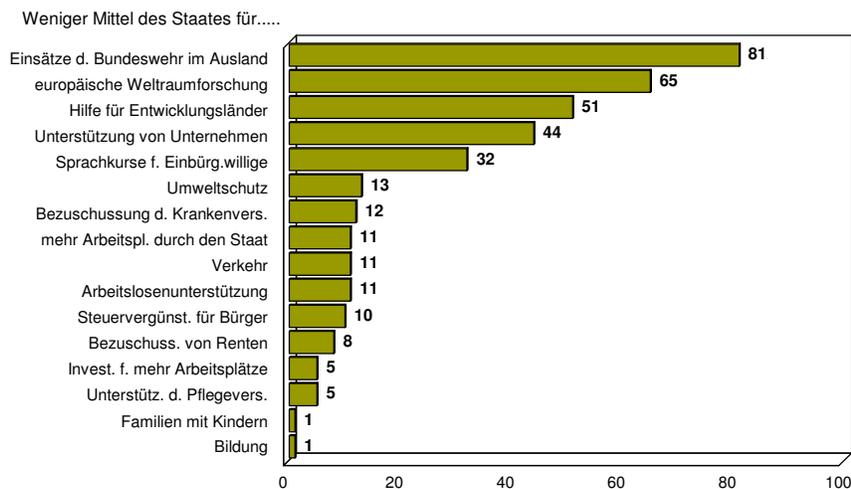
Abbildung 11.2: Zur Finanzierung der Sozialpolitik gehen die Meinungen auseinander. Sie reichen von mehr Staat bis zur völligen Privatisierung. Was meinen Sie? - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Staat Mittel ausgeben sollte - an vorderer Stelle die direkte und indirekte Förderung von Beschäftigung. Das heißt Einsatz von Mitteln für mehr Arbeitsplätze (75 %), Unterstützung der Bildung (73 %) und von Familien mit Kindern (73 %) sowie eigene Beschäftigungsprogramme des Staates (69 %). Als zweiter Komplex stehen Maßnahmen, die unmittelbar auf das Realeinkommen und die sozialen Sicherungssysteme wirken - Steuervergünstigungen für die Bürger (53 %), Renten (43 %), Unterstützung der Pflegeversicherung (39 %), Krankenversicherung (38 %) sowie Arbeitslosenversicherung (33 %). Dem folgen Maßnahmen zum Umweltschutz, zur Sanierung der Verkehrswege sowie zur sprachlichen Eingliederung von Einwanderern. Mit deutlichem Abstand wird die Verwendung von Mitteln für Unternehmen, für Entwicklungsländer, die Weltraumforschung sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr unterstützt. Gerade bezogen auf die letzten Positionen wird doch in erheblichem Umfang die Reduzierung der derzeitigen Mittel eingefordert. So sprechen sich 81 % aller befragten Bürger ab 18. Lebensjahr für eine Reduzierung der Mittel für Auslandseinsätze der Bundeswehr aus.

Abbildung 11.3: "Wie auch im Haushalt ist es auch in der Politik notwendig, bei der Ausgabe von Geld zwischen Alternativen zu entscheiden. Für welche Zwecke sollte der Staat mehr oder weniger Geld zur Verfügung stellen?" - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

## 12 Parteienbindung - Kompetenzen -

Die seit 1990 vorherrschende Strukturierung der Parteienpräferenzen in den neuen Ländern lässt unverändert drei große Gruppen erkennen:

- Befragte, die jeweils nur für eine Partei Sympathien haben (Ein-Partei-sympathisanten). Sie bilden zugleich in hohem Maße die "Stammwähler" (40 %).
- Befragte, die sich nicht für eine einzelne Partei entscheiden können/wollen und ihre Sympathien mehreren zuordnen (Mehrfachsympathisanten). Dabei gibt es trotzdem Grundorientierungen im Sinne einer Bündelung der Sympathien auf Parteiengruppen. Als solche heben sich hervor CDU und FDP einerseits sowie SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS andererseits. Die Mehrfachsympathisanten stellen einen hohen Anteil an "Wechselwählern" (32 %).
- Befragte, die keiner der Parteien ihre Sympathien bekunden, die in hohem Maße "Nichtwähler"-Potenzial darstellen (ohne jegliche Präferenz) (28 %).

Über den Gesamtzeitraum 1990 bis 2006 ist ein in der Tendenz weitgehend stabiler Anteil von Bürgern, die sich eindeutig nur mit einer Partei identifizieren, vorhanden (rd. 40 %). Schwankungen in der Sympathie für einzelne Parteien treten unmittelbar im Umfeld von Bundestagswahlen auf (1998/1999, 2002/2003, 2005/2006) und haben ihre Ursachen vor allem im Potenzialwechsel zwischen SPD und CDU. Insbesondere seit 2002 ist ein - inzwischen auch in Kommunalwahlen erkennbar - Wechsel zur CDU bei starkem Rückgang der SPD bis 2005 erkennbar. Die Entwicklungen verdeutlichen insgesamt:

- in der Tendenz einen Rückgang bei der SPD (1990 = 22 %, 2006 = 10 %);
- eine Gesamtzunahme bei der CDU (1990 = 3 %, 2006 = 10 % - ein extrem hoher Wert von 1999 (19 %) reflektiert insbesondere die damalige Ausländerdebatte);
- tendenzielle Zunahme bei der PDS bis 2000, seitdem weitgehend stabil bei 13/14 %;
- relativ wenig Bewegung bei FDP (Verlust des Genscher-Bonus seit 1991) und Bündnis 90/Die Grünen - bei Verlusten des Stammes bei Bündnis 90/Die Grünen;
- der Anteil der Bürger ohne Parteienpräferenzen ist seit Beginn des neuen Jahrtausends deutlich sinkend von 38 % (2000) auf 28 % (2006), was ohne Zweifel des im Ergebnis der Sozialreformdebatten gestiegenen politischen Interesses (nicht identisch mit Wahlbereitschaft) geschuldet ist.

Der Anteil der sich mehrfach Orientierenden bleibt weitgehend stabil (rd. 32 %).

Gerade die politischen Diskussionen im Jahr 2005 - insbesondere nach der Bildung der großen Koalition - belegen, dass es den Bürgern schwer fällt, Unterschiede in Programmatik und Realität von Parteien zu unterscheiden. Das wird noch problematischer, wenn die Wertungen auch die Arbeit von Parteien auf den einzelnen Landesebenen einbeziehen.

Tabelle 12.1: Entwicklung der Anteile von Befragten mit eindeutiger, mehrfacher und ohne Parteienpräferenz - 1990 bis 2006\*  
- neue Bundesländer - in Prozent -

	1990	1991	1994	1998	2002	2003	2004	2005	2006
eindeutige Präferenz	37	38	38	40	38	41	40	38	40
dar.									
CDU	3	8	11	8	10	15	10	11	10
SPD	22	13	12	17	9	8	8	5	10
FDP	2	9	2	1	2	2	2	2	3
PDS	8	3	6	10	13	10	14	14	13
B 90/ Die Grünen	3	5	6	3	1	3	3	3	2
andere	-	1	1	2	2	3	3	3	2
Mehrfachpräferenz	28	33	31	27	32	28	30	33	32
ohne Präferenz	35	29	31	33	30	31	30	29	28

\* Die Werte der Jahre 1992-1993, 1995-1997, 1999-2001 sind enthalten in E. Priller/G. Winkler: Demokratie und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2004 - Daten und Fakten zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), trafo verlag, Berlin 2004, S. 321

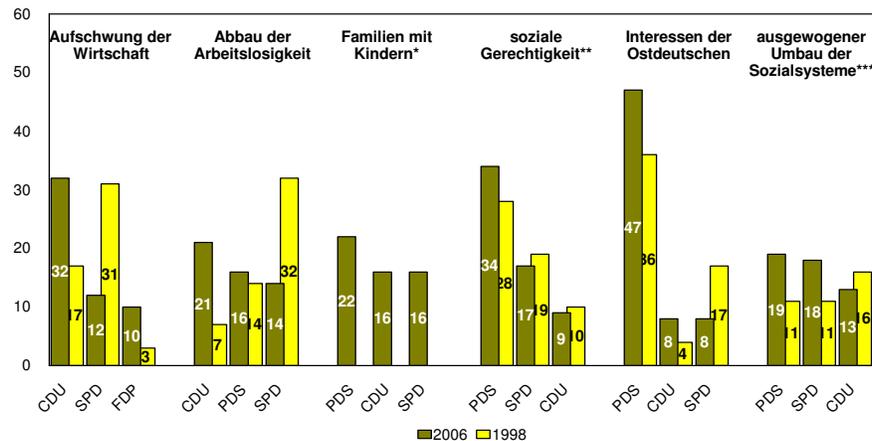
Datenbasis: sfz/leben 1990-2006 (gew.)

Wenn auch auf Bundesebene nicht so erkennbar, haben vor allem die Kommunalwahlen der vergangenen Jahre gezeigt, dass Bürgerinitiativen, parteien-unabhängige Kandidaten und Interessengruppen einen deutlichen Gewinn zu verzeichnen haben.

Die Entwicklungen seit 2002 haben nicht nur zu einem wechselnden Anteil von "Stammwählern" geführt, sondern auch zu einem feststellbaren "Kompetenzwechsel" zwischen den Parteien. Auf die Frage: "Welche Partei setzt sich Ihrer Meinung nach am meisten für den wirtschaftlichen Aufbau ein?", gestehen von den Bürgern der neuen Länder der CDU mit 32 % die höchste Kompetenz zu. 1998 lag hier noch die SPD deutlich (gleichfalls 31 %) an der Spitze. Erstmals erhält die FDP 2006 für diesen Bereich 10 % und bildet damit die "drittstärkste" Kraft. Kompetenzwechsel von der SPD zur CDU gab es seit 1998 auch in Bezug auf Abbau der Arbeitslosigkeit (1998 SPD

mit 32 % - 2006 CDU mit 21 %) bei generellem Sinken von Kompetenzanerkennung. Die Kompetenzen für soziale Gerechtigkeit liegen insbesondere bei "Die Linke/PDS". Aber gerade hier ist feststellbar, dass die Kompetenzwerte stark schwankend sind (2004 = 33 %, 2005 = 26 %, 2006 = 34 %). Die Dominanz der "Die Linke/PDS" bei der Vertretung der Interessen Ostdeutscher ist in den letzten Jahren konstant (47 %).

Abbildung 12.1: Kompetenzzuweisung nach Sachbereichen und Parteien - 2006/1998 - neue Bundesländer - in Prozent -



\* 2006 erstmalig erhoben      \*\* 2000 und 2006      \*\*\* 2004 und 2006

Datenbasis: sfz/leben 1998, 2000, 2004, 2006 (gew.)

### 13 Rechtsextremismus<sup>8</sup>

Gegenwärtig bekennen rd. 5 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder ihre "Sympathie" für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU). Sie stellen weitgehend auch das direkte Wählerpotenzial dieser Parteien dar. Obwohl sich eine Mehrheit von 57 % ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist der Anteil von "Neutralen" ("ist mir egal", "ich weiß nicht") mit 27 % ein gesellschaftlich und politisch ernst zu nehmendes Potenzial.

Trotz des keineswegs kleinen Teils der Bevölkerung, der sich nicht ablehnend zu rechten Parteien verhält, belegen die Befragungsergebnisse - ebenso wie vergleichbare Untersuchungen<sup>9</sup> -, dass rechtsextremes Gedankengut

8 Die Aussagen stützen sich auf G. Winkler: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern - Fakten und Befindlichkeiten, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 133, Düsseldorf 2006.

9 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

unterschiedlicher Inhalte und Facetten wesentlich breitere Teile der ostdeutschen Bevölkerung erfasst. Der "gefühlte Rechtsextremismus" reflektiert das vorhandene Ausmaß an rechtsextremen Potenzialen unzureichend und einseitig. Insgesamt ist hervorzuheben:

- Es gibt einen erschreckend hohen Anteil von Bürgern (7 %), welcher der Auffassung: "Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten." "voll" sowie "überwiegend" zustimmt (9 %) und damit einer "bilanzierenden" Bewertung unterliegt.
- Diktatorischen Führungsstrukturen ("Für Deutschland wäre eine einzige, Deutschlands Interessen wahrnehmende Partei notwendig.") stimmen 14 % "voll" zu, 17 % "überwiegend".
- Einer "allgemein gegebenen" Überlegenheit einzelner Nationen gegenüber anderen Nationen stimmen 33 % der Befragten "voll" zu (36 % "überwiegend"). Damit werden Grundlagen für Überhebungen der "eigenen, deutschen Nation" geschaffen. Das führt folgerichtig zur Auffassung, dass "Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht", der von 14 % "voll" und von 22 % "überwiegend" zugestimmt wird.
- Einer im Kern ausländerfeindlichen Haltung ("In Deutschland leben zu viel Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.") stimmen 44 % der Bürger "voll" zu und 30 % "teilweise".

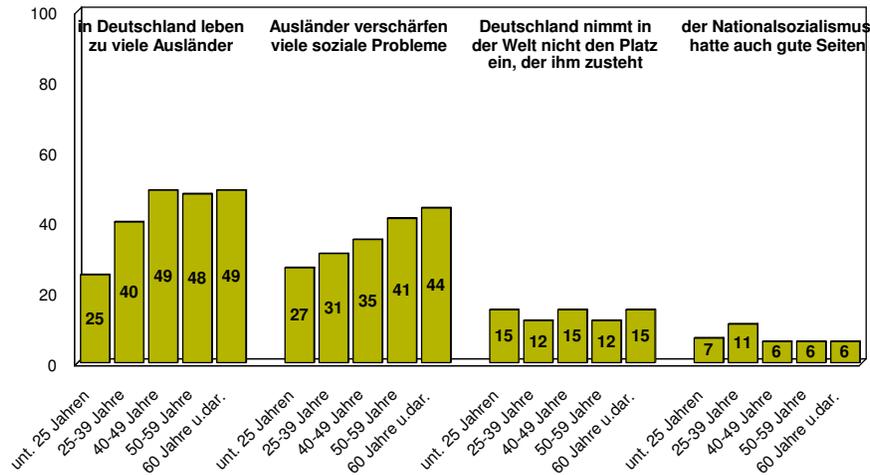
Fasst man die Untersuchungsergebnisse zusammen, so ist hervorzuheben:

*Erstens* ist sowohl eine Reduzierung rechtsextremer Auffassungen auf diese oder jene einzelne nationalsozialistische, chauvinistische oder fremdenfeindliche Position ebenso falsch als auch von "Rechtsextremismus" nur dann zu sprechen, wenn ein geschlossenes "Weltbild" vorliegt, welches in sich alle Elemente rechtsextremen Denkens einschließt. Es gibt eine breite Palette z.T. beim einzelnen Bürger vorhandener Auffassungen, die als rechtsextreme Positionen zu kennzeichnen sind, ohne von diesem als solche akzeptiert zu werden.

*Zweitens* sind Rechtsextremismus und ausländerfeindliches Verhalten nicht auf gewaltbereite, gering qualifizierte, ausgegrenzte junge Menschen reduzierbar, sondern erfassen alle Altersgruppen bei wachsenden Anteilen gegen Ausländer gerichteter Auffassungen mit steigendem Alter.

Insbesondere Positionen, die sich gegen Ausländer wenden, werden von Jüngeren in deutlich geringerem Maße vertreten als von Älteren. Rechtsextreme Positionen im engeren Sinne weisen unterschiedliche, insgesamt weitgehend alters-unabhängigere Positionen aus, die jedoch nicht eine Gesamtaussage, dass Jüngere "rechter" seien, rechtfertigen.

Abbildung 13.1: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Altersgruppen - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "stimme ich voll zu")

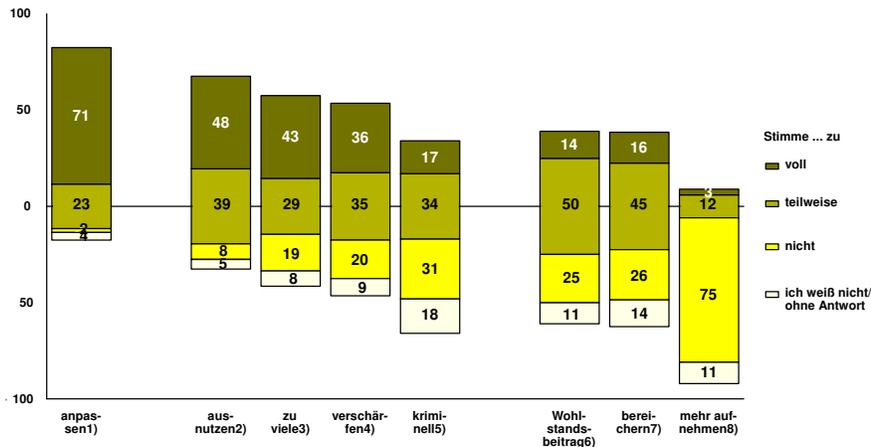


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

*Drittens* ist Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme im Osten angesehen.

- a) Gesellschaftliche Akzeptanz einerseits bzw. verbreitete Ignoranz andererseits sowie politische Leitbilder haben in den neuen Bundesländern ein Klima geschaffen, das nicht generell als "ausländerfeindlich", aber auch nicht als hinreichend ausländerfreundlich, d.h. integrativ, gekennzeichnet werden kann. Die Bürger der neuen Länder werten das Klima in Bezug auf Ausländer in der Bundesrepublik nur zu 7 % als ausländerfreundlich, 45 % mit "eher unfreundlich" und 17 % mit "ausländerfeindlich". Insgesamt überwiegen "Anti-Haltungen", die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierter Vorverurteilung beruhen. Das vor einem Hintergrund von 2,4 % Anteils der ausländischen Bevölkerung (2005).
- b) Auffassungen, dass es "zu viele Ausländer" in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsse, geben 44 % der Befragten "volle Zustimmung", 30 % "teilweise".

Abbildung 13.2: Positionen zu Ausländern in Deutschland - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



- 1) Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.
- 2) Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.
- 3) In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte geringer werden.
- 4) Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).
- 5) Die meisten Kriminellen sind Ausländer.
- 6) Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.
- 7) Ausländer bereichern unser Leben.
- 8) Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

*Viertens* beeinflusst vor allem die mit dem Erwerbsstatus verbundene individuelle wirtschaftliche Lage rechtsextreme Auffassungen und im Besonderen ausländerfeindliche Positionen.

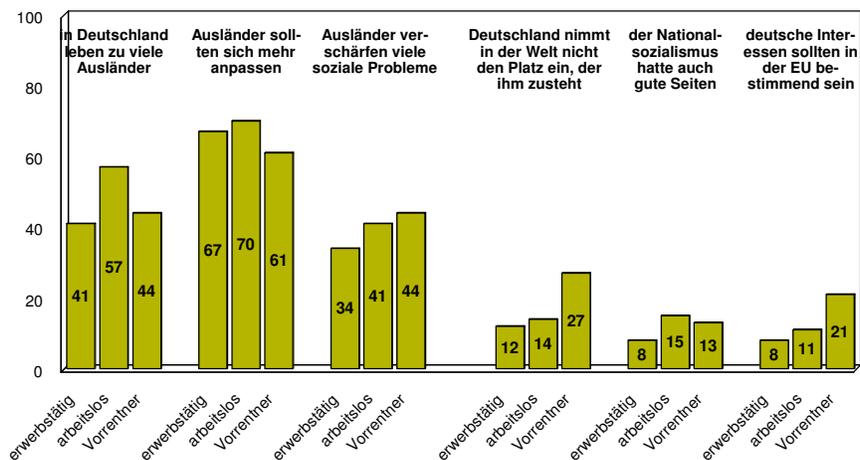
Die Untersuchung bestätigte die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen.

Insbesondere Arbeitslose vertreten in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 41 %, Arbeitslose 56 %), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung die eigene Situation verbessern würde (vgl. Abbildung 13.3).

Vorhandene Differenzierungen zwischen einzelnen Bundesländern verweisen darauf, dass - wie auch in anderen Untersuchungen ausgewiesen<sup>10</sup> - der Auffassung, dass "in Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Zahl in den nächsten Jahren reduziert werden sollte", Befragte vor allem in Meck-

<sup>10</sup> Vgl. W. Heitmeyer: Deutsche Angst, Studie, Bielefeld 2006.

Abbildung 13.3: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Erwerbsstatus (18 bis 64 Jahre) - 2006 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "stimme ich voll zu")



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

lenburg-Vorpommern (55 %) und in Thüringen (50 %) voll zustimmen. Mit etwas Abstand folgen Brandenburg (45 %) Sachsen-Anhalt (44 %) und Sachsen (42 %). Deutlich heben sich die Positionen der Ost-Berliner mit "nur" 22 %-iger Zustimmung ab.

Die Ursachen werden zu schnell der verbleibenden Struktur der Bevölkerung zugeordnet (wenig gut ausgebildete Menschen), ohne die eigentlichen Ursachen, die vor allem in einer unkontrollierten Deindustrialisierung, der Auflösung landwirtschaftlicher Strukturen und einer unzureichend Arbeitsplätze schaffenden Arbeitsmarktpolitik zu suchen sind, zu benennen. Anstelle systembedingter Ursachen werden individuelle Probleme hervorgehoben und damit auch Lösungen eher in einzelnen "Projekten" als einer zu ändernden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gesehen.

*Fünftens* wird vor allem in kleineren Gemeinden und Klein-Städten überdurchschnittlich rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen zugestimmt. Auch hier verweisen detailliertere Analysen vor allem auf spezifische Probleme in der wirtschaftlichen und damit verbundenen sozialen Entwicklung.

## 14 Bürgerschaftliches Engagement in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden<sup>11</sup>

Die Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen in den neuen Bundesländern insgesamt konzentrieren sich auf rd. zwei Drittel aller ab 18-jährigen Bürger, bei hohem Anteil von Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften.

Charakteristisch ist der altersabhängige strukturelle Wandel in den Mitgliedschaften ab 70. Lebensjahr mit deutlichem Rückgang in "freizeitorientierten" Vereinen und Zunahme der Mitgliedschaften in Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften.

Tabelle 14.1: Mitgliedschaften - 2006 - neue Bundesländer  
- in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erw.status	
		Männer	Frauen	unt.40 Jahr.	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 J. u.dar.	erw.-tätig	arb.-los
insgesamt	64	66	63	60	57	71	75	67	63	54
dar. in:										
Vereinen*	42	48	38	46	39	43	48	26	44	35
Sportverein	21	25	17	30	19	20	15	3	26	20
Kleingartenverein	14	14	14	9	14	19	22	10	11	18
andere Vereine	16	20	12	20	14	11	17	13	14	12
Sozial-/Wohlfahrtsverbände	17	15	19	10	15	23	26	29	13	8
Gewerkschaften	16	20	11	10	20	24	15	13	19	16
Parteien	4	4	3	4	4	4	4	3	4	2
Religionsgemeinschaften	18	13	21	13	14	18	24	33	13	13

\* außer Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften sind seit 1990 stetig rückläufig. Ebenso in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden insgesamt.

Über 40 % aller Bürger ab 18. Lebensjahr sind - unabhängig von Mitgliedschaften in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Parteien und Gewerkschaften -

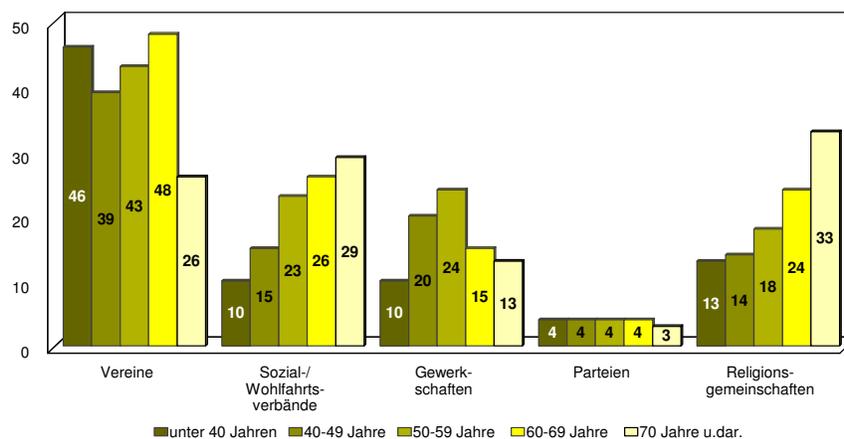
11 Eine detailliertere Studie speziell zur Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden in den neuen Bundesländern liegt als Kurzfassung publiziert beim Bundesverband der Volkssolidarität vor: Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Motive - Rahmenbedingungen - Erwartungen, Berlin 2006, 24 Seiten. Die Langfassung als Studie liegt unter gleichnamigem Titel (Autor: G. Winkler) beim SFZ vor (68 Seiten).

ten - in Vereinen, die sich vor allem auf Freizeitaktivitäten konzentrieren, Mitglied bzw. aktiv. Das betrifft in besonderem Maße Sport- und Kleingartenvereine. Für Sportvereine ist die nach wie vor charakteristische Altersstruktur (hoher Anteil unter 40-Jähriger, deutlich abnehmender ab 70. Lebensjahr) gegeben. Kleingartenvereine konzentrieren sich auf 50- bis 70-Jährige.

17 % der Bürger ab 18. Lebensjahr sind Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes. Von ihnen ist rd. ein Viertel (25 %) Mitglied in mehreren Verbänden/Vereinen. Die Mitgliedschaft reflektiert die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höherem Anteil der Verbände, die vor allem Dienstleistungsstrukturen entwickeln bzw. eine breite Mitgliederarbeit aufweisen.

Frauen dominieren in der Mitgliedschaft von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden entsprechend ihrem höheren Anteil an den älteren Jahrgängen. 8 % der in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden organisierten Befragten geben an, in einem dieser Verbände Funktionen auszuüben.

Abbildung 14.1: Mitgliedschaften nach Alter - 2006 - in Prozent -

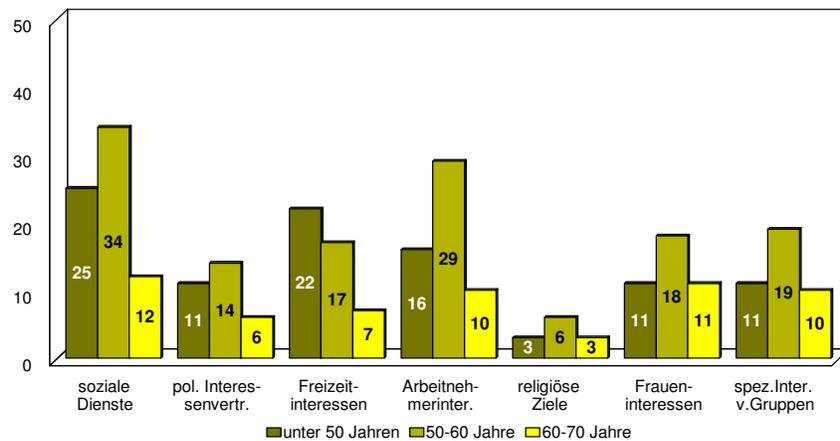


Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die vorhandenen Potenziale für bürgerschaftliches Engagement sind keineswegs unbedeutend.

Generelle Ablehnungen einer Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sind vor allem verbunden mit einer prinzipiell ablehnenden Haltung zum Beitritt in Organisationen (46 %). Auch die angenommene zeitliche Belastung (43 % - bei unter 40-Jährigen 71 %) wird als Grund gegen eine Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden hervorgehoben. Nicht zu übersehen ist aber auch die finanzielle Belastung als Motiv (32 % - insbesondere für die Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen sowie Arbeitslo-

Abbildung 14.2: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgaben - nach Altersgruppen - 2006  
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

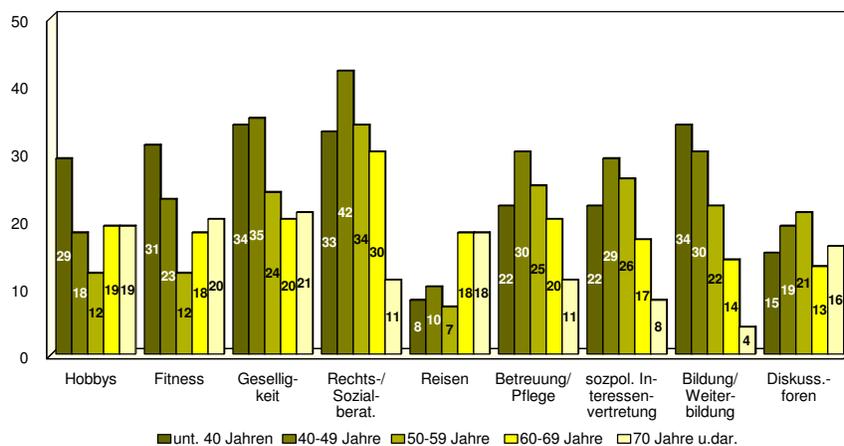
se mit 52 %), was auf die realen Lebensverhältnisse gerade jener verweist, die der solidarischen Hilfe auch durch soziale Einbindung bedürfen. Zweifel an der Wirksamkeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände erheben 31 % als Grund gegen aktives bürgerschaftliches Engagement.

Von den Befragten, die nicht Mitglied eines Sozialverbandes sind, könnten sich insgesamt 53 % vorstellen, einem solchen beizutreten (14 % ja, 43 % eventuell). 18 % der Befragten, die potenziell Mitglied werden wollen, erklären sich auch bereit, eine ehrenamtliche Funktion zu übernehmen (vgl. Abbildung 14.2).

Die Bedingungen/Erwartungen, die an eine Mitgliedschaft gestellt werden, sind - neben der Kenntnis und Identifikation mit den Zielen eines Verbandes - insbesondere an die Beitragshöhe des jeweiligen Vereins gebunden. "Jüngere" erwarten in deutlich höherem Maße Vorteile und weniger ein Eingebundensein in ein Vereinsleben. Die Zumutbarkeit der Beiträge hat mit zunehmendem Alter geringeres Gewicht gegenüber den erwünschten Effekten, die aus gemeinschaftlichen Aktivitäten und sozialem Zusammensein - verstanden als "Geselligkeit" - resultieren.

"Mitglied zu sein, ohne etwas zu leisten", ist für die Mehrheit (noch) keine Denkstruktur. Gegenwärtig kommt jedoch schon für 28 % der Bürger eine Mitgliedschaft, die sich ausschließlich auf Zahlung von Beiträgen begrenzt, durchaus in Frage. Rd. 70 % lehnen dies prinzipiell ab. Beitrag - im Sinne "finanzieller Solidarität" - wird (noch) nicht als "Leistung" des Einzelnen verstanden.

Abbildung 14.3: Erwartungen an interessenorientierte Angebote von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden nach Altersgruppen - neue Bundesländer - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die getroffenen Aussagen bestätigen, dass insbesondere im Übergang ins Rentenalter die Bereitschaft für Aktivitäten (Mitgliedschaft/Ehrenamt) deutlich ansteigt, auch da diese Altersgruppen relativ geringer eingebunden sind (Ausnahme Freizeitinteressen).

Die Erwartungen, die mit einem Beitritt verbunden sind, konzentrieren sich vor allem auf Sozial-/Rechtsberatung (33 %) sowie Geselligkeit (30 %) und Bildungsmöglichkeiten (26 %). Dabei wird deutlich, dass insbesondere Frauen an einem Mitgliederverband mit einem breiten Angebot an sozialer Kommunikation, Geselligkeit und Angeboten für "Fitness" Interesse bekunden. Das gilt im besonderen Maße auch für arbeitslose Bürger.

Generell verweisen die Aussagen der befragten Bürger auf die Notwendigkeit einer zielgerichteteren, differenzierten interessenorientierten Arbeit, auch von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden in den Altersgruppen, welche den Übergang in die Nichterwerbsphase vollziehen (müssen) bzw. aufgrund der individuellen Lebenssituation über die Vereinsarbeit einer zunehmenden Isolierung bzw. Vereinsamung entgehen wollen.



## **Beschlüsse und Dokumente der Volkssolidarität Bundesverband e.V.**

Die Beschlüsse und Dokumente können unter der angegebenen Bestell-Nr. bei der Bundesgeschäftsstelle der Volkssolidarität angefordert werden - Adresse siehe 2. Umschlagseite.

### **2003**

*Sozialpolitische Positionen der Volkssolidarität* (Bestell-Nr.: VS BV 2003 - 1)

### **2004**

*Verantwortung und Solidarität der Generationen Seniorenpolitische Standpunkte der Volkssolidarität* (Bestell-Nr.: VS BV 2004 - 1)

*Für die Einführung einer Bürgerversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) - Positionen des Bundesvorstandes* (Bestell-Nr.: VS BV 2004 - 2)

*Vorschläge für ein soziales Infrastrukturprogramm in den neuen Bundesländern* (Bestell-Nr.: VS BV 2004 - 3)

### **2005**

*Menschenwürdige Pflege braucht sichere Rahmenbedingungen - Eckpunkte zur Reform der Pflegeversicherung* (Bestell-Nr.: VS BV 2005 - 1)

*Rentenpolitische Leitlinien* (Bestell-Nr.: VS BV 2005 - 2)

### **2006**

*"Magdeburger Forderungen" für eine sozial gerechte Gesundheitsreform* (Bestell-Nr.: VS BV 2006 - 1)

*Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung im November 2006:*

- *Volkssolidarität setzt sich für humanistische und demokratische Werte ein*
- *Den Sozialstaat bewahren und stärken*
- *Solidarische Gesundheitsreform statt "Zwei-Klassen-Medizin"*
- *Politische Lösung für eine Angleichung des Rentenwerts "Ost" durchsetzen* (Bestell-Nr.: VS BV 2006 - 2)

*Stellungnahme zum Entwurf eines GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes* (Bestell-Nr.: VS BV 2006 - 3)

*Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Motivation - Rahmenbedingungen - Erwartungen - Informationsmaterial* (Bestell-Nr.: VS BV 2006 - 4)



## Weiterführende Literatur des SFZ zum Thema

(zu beziehen über das SFZ unter Angabe der Bestell-Nummer - Adresse 2. Umschlagseite)



### **Sozialreport 2004 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern**

Herausgegeben durch Gunnar Winkler  
(Berlin 2004, 342 S., Best.Nr.: 09/05)

### **Sozialreport 50+ 2005 - Daten und Fakten zur sozialen Lage 50- bis 65-Jähriger in den neuen Bundesländern**

Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher  
(Berlin 2005, 262 S., Best.Nr.: 11/06)



### **Menschen mit Behinderungen - Report 2003 Daten und Fakten zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland**

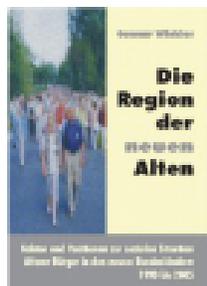
Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher,  
Gunnar Winkler  
(Berlin 2003, 232 S., Best.Nr.:34/04)



### **Ältere Arbeitnehmer/innen in Ostdeutschland - Lebenslagen und Lebensverhältnisse, Werte und Handlungsorientierungen**

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 19

Autoren: Hanna Haupt, Reinhard Liebscher,  
Gunnar Winkler  
(Berlin 2005, 98 S., Best.Nr.: 14/05)



### **Die Region der „neuen Alten“ - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern - 1990 bis 2005**

Autor: Gunnar Winkler  
(Berlin 2006, 442 S., Best.Nr.: 08/06)

Die Lebensverhältnisse der Bürger in den neuen Bundesländern unterlagen in den vergangenen 16 Jahren grundlegenden strukturellen Wandlungen. Der Sozialreport 2006 informiert, beruhend auf der sechzehnten Welle der empirischen Untersuchung "Leben in den neuen Bundesländern", sowohl über objektive und subjektive Veränderungen seit 1990 als auch über aktuelle Situationen und soziale Trends in den neuen Bundesländern. Dabei wird eine Vielzahl sozialer Bereiche (u.a. Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Sozialreformen, Zufriedenheiten, Hoffnungen aber auch Extrempositionen) betrachtet. Der Sozialreport 2006 wendet sich an sozial und politisch Engagierte, an Sozialwissenschaftler, Politiker, Parteien, Verbände und Verwaltungen.